

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 11



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 19. 6. 1990

WORT UND WIDERWORT

Was soll mit Bonn in einem vereinten Deutschland geschehen?

Die Entscheidung über den Status Bonns in einem geeinten Deutschland stehe heute nicht an. Das hänge auch damit zusammen, daß man in der Bundesrepublik nicht allein darüber befinde, in welchem Koordinatenschnittpunkt die künftige Hauptstadt der Deutschen liege. Darüber entschieden alle Deutschen; zu gegebener Zeit. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Reinhold Trinius**. Die CDU-Abgeordnete **Ruth Hieronymi** unterstreicht, die Frage nach der Zukunft Bonns in einem vereinten Deutschland sei letztlich die Frage, welche staatliche Ordnung das vereinte Deutschland prägen solle. Bonn als Sitz der Bundesregierung im vereinten Deutschland würde zum Signal für die Verteilung politischer Macht in der Mitte Europas. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Achim Rohde** betonte, Bonns Hauptstadtrolle habe nach über vierzig Jahren eine geschichtliche Dimension. Bonn stehe für eine der friedvollsten, glücklichsten Epochen deutscher Geschichte, für gelebte Demokratie, für Freiheit, für die Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern, für europäische Integration sowie für die Öffnung nach Westen und Osten, für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. Der Abgeordnete der GRÜNEN **Roland Appel** meinte, man solle sich davor hüten, falsche Signale zu setzen, die auch nur den Hauch einer Interpretation erlauben könnten, daß es mit dem endgültigen Bruch deutschen Hegemonialstrebens dann doch nicht mehr so ernst gemeint sei. (Seite 2)

Landtagspräsidentin vereidigte das neue Kabinett

Rau dankte scheidenden Ministern

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat das neue Landeskabinett von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) vereidigt. Die zwölf Ministerinnen und Minister legten in der dritten Sitzung des neugewählten Landtags den Eid auf die Verfassung ab. Rau war bereits zum Ministerpräsidenten wiedergewählt und vereidigt worden.

Der neuen Landesregierung gehören an: Innenminister und Vizeministerpräsident Dr. Herbert Schnoor, Wirtschaftsminister Günter Einert, Finanzminister Heinz Schleußer, Justizminister Dr. Rolf Krumsiek, Umweltminister Klaus Matthiesen, Kultusminister Hans Schwier, Wissenschaftsministerin Anke Brunn, Ministerin für Bauen und Wohnen Ilse Brusis, Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Franz-Josef Kniola, Arbeits- und Sozialminister Hermann Heineemann, Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers sowie Minister für besondere Aufgaben und Chef der Staatskanzlei Wolfgang Clement.

Die ausgeschiedenen Minister Professor Dr. Reimut Jochimsen (Wirtschaft) und Dr. Christoph Zöpel (Stadtentwicklung und Verkehr)

nahmen den Dank des Regierungschefs entgegen. Die Leitung des Ministeriums für Bundesangelegenheiten hat Rau selbst übernommen und Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski zur Bevollmächtigten des Landes beim Bund bestellt. (Seite 7)



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) vereidigt das Kabinett.

Foto: Schüler

Die Woche im Landtag

Staatsvertrag

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat in einer Regierungserklärung die Zustimmung der Landesregierung zum Staatsvertrag mit der DDR im Bundesrat wegen klärungsbedürftiger Punkte offengelassen. (Seite 3)

Wiederwahl

Mit 124 Ja-Stimmen ist Johannes Rau (SPD) zum vierten Mal zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt worden. (Seite 4)

Tiefflüge

Sprecher aller vier Fraktionen haben nachdrücklich gefordert, daß Tiefflüge und Abfangübungen sofort eingestellt werden sollten. (Seite 5)

Ausschüsse

In ersten Wahlen hat der Landtag eine Reihe von Gremien besetzt sowie die Ausschüsse des Parlaments bestellt. (Seiten 9 bis 11)

Fraktionsvorstand

Nach den anderen Fraktionen hat auch die F.D.P. ihren Fraktionsvorstand komplettiert. (Seite 11)

Landesverfassung

Vor 40 Jahren wurde die Landesverfassung verabschiedet. Eine Ausstellung im Landtag gibt über deren Entstehung Auskunft. (Seite 12)

WORT UND WIDERWORT

Bonn setzt Zeichen für föderative Machtverteilung

Von
Reinhold Trinius

„Die leitenden Bundesorgane verlegen ihren Sitz in die Hauptstadt Deutschlands Berlin, sobald allgemeine, freie, gleiche, geheime und direkte Wahlen in ganz Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt sind. Der Bundestag versammelt sich alsdann in Berlin.“

Diesen bis heute gültigen Beschluss faßte der Deutsche Bundestag am 3. November 1949. Während des Staatsbesuchs von Michail Gorbatschow im Juni 1989 in der Bundesrepublik, stellte Bonns Oberbürgermeister Daniels bei einem Empfang im Bonner Rathaus fest, Berlin sei „die Hauptstadt der Deutschen“, Bonn nur ihr „Stellvertreter“. Das war wenige Monate vor dem Fall der Mauer.

Dennoch: Die Entscheidung

SPD: Hauptstadtfrage nicht auf der Tagesordnung

über den Status Bonns in einem geeinten Deutschland steht heute nicht an. Das hängt auch damit zusammen, daß wir in der Bundesrepublik nicht allein darüber befinden, in welchem Koordinatenschnittpunkt die künftige Hauptstadt der Deutschen liegt. Darüber entscheiden alle Deutschen; zu gegebener Zeit. Zunächst geht es darum, das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten für beide Seiten sozial und wirtschaftlich verträglich zu gestalten. Dabei ist der jetzt zur Debatte stehende Staatsvertrag nur ein erster Schritt auf dem Weg zur Einheit. Angesichts des gewaltigen Investitionsbedarfs in der DDR steht z. B. die Frage an, ob der „Jäger 90“ und Steuererleichterungen für Unternehmer wichtiger sind als der umweltverträgliche Wirtschaftsaufschwung in der DDR.

Die Hauptstadtfrage jedenfalls steht erst später auf der Tagesordnung.

Von
Ruth Hieronymi

Die Frage nach der Zukunft Bonns in einem vereinten Deutschland ist letztlich die Frage, welche staatliche Ordnung das vereinte Deutschland prägen soll. Es ist die Frage, an welche politischen Traditionen angeknüpft wird und welche staatlichen Strukturen das politische Leben bestimmen soll.

Das Grundgesetz hat den föderativen Aufbau zum Kernbestand unserer Verfassung erklärt. Der historische und zeitgeschichtliche Vergleich zeigt, daß echte Bundesstaaten mit Erfolg darauf verzichtet haben, ihre größte Metropole zum Regierungssitz zu machen. Dies gilt für die USA mit Washington, Kanada mit Ottawa, Australien mit Canberra, die Niederlande mit Den Haag und die Schweiz mit Bern.

Das Prinzip der bundesstaatlichen Ordnung spricht für Machtverteilung in einem pluralistischen Bundesstaat. Dabei kommt Berlin als Symbol des Freiheitswillens und der Einheit Deutschlands eine herausragende Aufgabe zu. Berlin wird die wirtschaftliche und kulturelle Metropole eines vereinten Deutschlands sein. Die politische Zentrale sollte im wohlverstandenen bundesstaatlichen Sinne mit diesem überragenden Charakter Berlins nicht zusätzlich verknüpft werden.

CDU: Föderative Strukturen stärken

Die föderativen Grundstrukturen sollten auch durch den Standort der obersten Verfassungsorgane deutlich werden, z. B. durch den Sitz der Bundesbank in Frankfurt, der obersten Bundesgerichte in Karlsruhe und Leipzig und die Trennung zwischen der bedeutendsten wirtschaftlichen und kulturellen Metropole Berlin und dem Regierungssitz in Bonn.

Bonn als Sitz der Bundesregierung im vereinten Deutschland würde zum Signal für die Verteilung politischer Macht in der Mitte Europas.

Eine klare Mehrheit der Bundesbürger ist dafür, daß Bonn auch in einem vereinten Deutschland Hauptstadt bleibt. In einer repräsentativen bundesweiten Umfrage durch Infra-Test München vom Mai 1990 sprachen sich 48,7 Prozent für Bonn und 32,3 Prozent für Berlin aus. Die wesentlichen Gründe für diese Entscheidung der Bundesbürger sind dabei mehr die pragmatischen und finanziellen Gesichtspunkte. Die Menschen wollen eine Hauptstadt, „wo Parlament und Behörde in Ruhe und fern vom Druck der Straße arbeiten können“, und „ohne daß eine große Zahl von teuren Neubauten für Ministerien, Behörden und Wohnungen für dort arbeitende Menschen und ihre Familien geschaffen werden müssen“.

Es bleibt Aufgabe des gesamtdeutschen Souveräns für die Zukunft des vereinten Deutschlands der bundesstaatlichen Ordnung und den Sorgen der Menschen über die vorrangig zu lösenden Probleme gerecht zu werden.

Von
Dr. Achim Rohde

Wäre Berlin noch das, was es in den zwanziger Jahren war — pulsierende Weltmetropole, vitales Zentrum aller modernen kulturellen Strömungen, konkurrierend mit Paris, London, New York, aber doch eine Spur interessanter, aufregender, facettenreicher — selbstverständlich käme keine andere Stadt als deutsche Hauptstadt in Frage.

Leider ist das Berlin der zwanziger Jahre untergegangen, und zwar lange vor dem Bombenhagel des Zweiten Weltkrieges. Natürlich ist Berlin nach wie vor eine faszinierende Stadt — aber ist Berlin die Rolle als deutsche Hauptstadt wirklich historisch zugewiesen? In diese Rolle ist Berlin spät, nämlich erst im 19. Jahrhundert, hineingewachsen.

Auch Bonns Hauptstadtrolle hat nach über vierzig Jahren eine geschichtliche Dimension. Und Bonn steht für eine der friedvollsten, glücklichsten Epochen deutscher Geschichte, steht für gelebte Demokratie, für Freiheit, für die Aussöhnung mit den ehemaligen

F.D.P.: Bonn muß Hauptstadt bleiben

Kriegsgegnern, für europäische Integration, für die Öffnung nach Westen und Osten, für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit.

Bonn hat nach wie vor viel Provisorisches an sich, auch Provinzielles. Aber steht uns nicht etwas Bonner Bescheidenheit, etwas rheinische Liebenswürdigkeit besser an als eine symbolträchtige Wiederbelebung „großdeutscher“ Zeiten?

Bonn war und ist Hauptstadt eines Bundesstaates. Da föderative Strukturen im Rahmen der deutschen Einigung an Bedeutung gewinnen werden, wäre es eine unglückliche Symbolik, wenn Berlin gesamtdeutsche Hauptstadt würde — war Berlin doch stets Hauptstadt eines stark zentralistisch organisierten Staatswesens.

Auch die geopolitische Lage spricht für Bonn. Schließlich liegt Berlin fast unmittelbar an der deutschen Ostgrenze. Bonn — wie sagt man so schön — im Herzen Europas.

Vielleicht wird schon die nächste Generation die Frage nach der „richtigen“ deutschen Hauptstadt anders beantworten. Der Bundespräsident mag Berlin zu seiner Residenz wählen: Deutsche Hauptstadt sollte auf absehbare Zeit **Bonn** bleiben!

Von
Roland Appel

Wir sehen zum einen nüchtern die praktischen Hindernisse, die gegen die Verlegung der Hauptstadtfunktionen weg von Bonn nach Berlin sprechen. Millionen schwere Neubauten der Bundesministerien, des Deutschen Bundestages und die Investitionen im Infrastrukturbereich schlagen ebenso zu Buche wie der Verlust von 110 000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich. Dem stehen noch einmal etwa 50 000 im Bereich des Dienstleistungsgewerbes gegenüber, die von einer Verlegung des Regierungs- und Parlamentsortes betroffen wären. Kritiker haben die Kosten in Szenarien von 18,5 bis 50 Milliarden Mark beziffert.

Und da ist noch etwas: Berlin, nur kurze Zeit deutscher Geschichte Hauptstadt — ist da nicht ein Beigeschmack von

DIE GRÜNEN: Hüten wir uns vor falschen Signalen

Zentralismus, imperialem Kaiserreich, nationalsozialistischem Größenwahn — und nicht zuletzt die deutsche Variante des Stalinismus? Das darf in einer Bundesrepublik, einem Europa der Regionen nicht sein!

Bundestag und Regierung in Bonn, den Bundesrat nach Weimar, die obersten Gerichte nach Leipzig — warum eigentlich nicht? Hüten wir uns davor, falsche Signale zu setzen, die auch nur den Hauch einer Interpretation erlauben könnten, daß es mit dem endgültigen Bruch deutschen Hegemonialstrebens dann doch nicht mehr so ernst gemeint sei.

Beethoven, die Friedensbewegung, ein bißchen Flick-Affaire und vor allem viel Normalität — Bonn hat schon eine neue, eine demokratischere Tradition zu bieten, anderen westlichen Hauptstädten vergleichbar.

Und nach Berlin geht ja schon Daimler-Benz — da muß der Kanzler nicht folgen.

Landtagsdebatte zum Staatsvertrag: Rau macht weiterhin Vorbehalte geltend

CDU: Bei Frage nach Kosten treibt SPD „Spiel mit der Angst“

Mit Angriffen auf das Verhalten der Bundesregierung beim Zustandekommen des Staatsvertrags zwischen der Bundesrepublik und der DDR hat in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag am 13. Juni Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) die Debatte über Perspektiven der nordrhein-westfälischen Landespolitik im Prozeß der deutschen Einigung eröffnet.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sagte, er habe selten erlebt, daß Worte und Taten so kraß auseinandergefallen seien. Er fügte hinzu: „Die Bundesregierung, vor allem der Bundeskanzler, waren von Anfang an — entgegen ihren öffentlichen Beteuerungen — nicht bereit, den Weg zur deutschen Einheit zur gemeinsamen Sache von Bund und Ländern, zur gemeinsamen Sache aller politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland zu machen.“ Zum Staatsvertrag meinte der Ministerpräsident, es müsse alles getan werden, um seine Mängel zu beseitigen. Die Landesregierung halte Korrekturen und Ergänzungen für nötig. Es bestehe kein Zweifel daran,

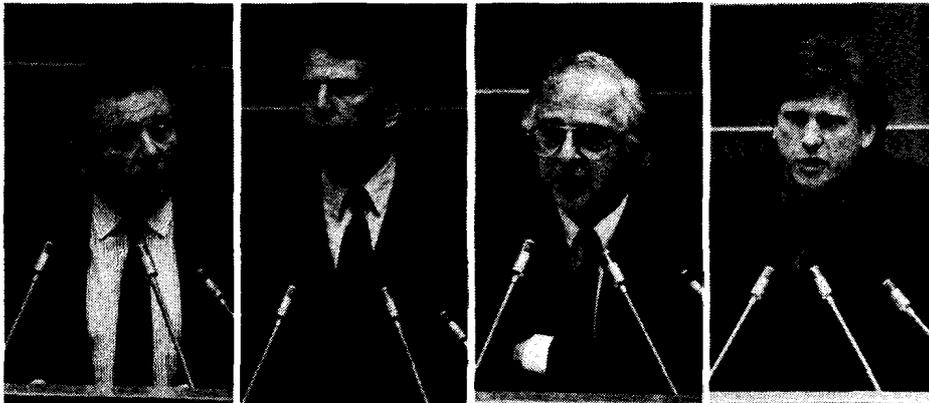
derte Rau und nannte als letzten klärungsbedürftigen Punkt den föderalen Gedanken, der nicht länger mißachtet werden dürfe. Der Ministerpräsident warnte vor dem falschen Bild, die Auseinandersetzung um den Staatsvertrag als Auseinandersetzung über das Ja oder Nein zur deutschen Einheit darzustellen. „In Wirklichkeit geht es nicht um das Ziel, sondern um den besten Weg zu diesem Ziel.“

Es gehe nicht um „Nachbesserungen“ im Sinne günstigerer Konditionen für die DDR zu Lasten der Bundesrepublik, stellte der Regierungschef klar. Man sehe es vielmehr als Pflicht an zu verhindern, „daß die Überwindung der deutschen Teilung in der DDR zu sozialem Chaos und in der Bundesrepublik Deutschland zu sozialer Spaltung führt“. Das Grundgesetz der Bundesrepublik (Rau: „Ein großartiges Angebot und eine noch nicht erfüllte Aufgabe“) solle die Grundlage für die Verfassung des neuen deutschen Bundesstaates werden — allerdings mit Änderungen und Ergänzungen.

Er warne davor, anlässlich des Einigungsprozesses „deutsche Nabelschau“ zu betreiben, meinte Rau zum Schluß seiner Regierungserklärung. Es gehe um eine konzentrierte Aktion der westlichen Industrienationen für den Umbau und die Erneuerung in Mittel- und Osteuropa, man dürfe den europäischen Einigungsprozeß nicht vernachlässigen und dürfe das Elend und den Hunger der Menschen in der Dritten und Vierten Welt nicht vergessen.

schon an „Täuschung der Öffentlichkeit“, wenn die SPD Forderungen erhebe, die vom Vertrag längst erfüllt seien. Im Vertrag sei auch vorgesehen, Mißbrauch bei der Währungsumstellung zu verhindern; daß der Tag der Umstellung nicht der „Tag der Spekulanten“ werden dürfe, sei doch das Selbstverständlichste von der Welt.

Wer behaupte, alles gehe zu schnell, der riskiere eine weitere Springflut von Übersiedlern. Nicht der Bundeskanzler, sondern Ministerpräsident und Landesregierung NRW hätten „Horrorzahlen“ über die Belastung der Bundesbürger in die Welt gesetzt, betonte Linssen und griff besonders Innenminister Schnoor mit seinen Berechnungen über die Belastungen der Städte und Gemeinden, die er wenige Tage vor der Landtagswahl gestreut habe (Linssen: „Die größte Unverschämtheit, die mir je untergekommen ist“). Das sei mieseste Wahlpropaganda, ein Geschäft mit der Angst gewesen, kurz danach sei der Fonds zur Deutschen Einheit von NRW mitunterschrieben worden. Er befürchte, daß es der Kurs der SPD sei, „mit dieser Angst möglichst auch im Bundestagswahlkampf wieder ihr Geschäft zu machen“. Eine „Riesenchance“ biete der Staatsvertrag für die europäische Einigung, betonte Linssen; man habe auch nie eine größere Chance zur schnellen Abrüstung gehabt. So werde es schon 1991 möglich sein, aus dem Verteidigungshaushalt „erhebliche Stücke für eine Politik des Teilens herauszuschneiden“. Er wies im übrigen darauf hin, daß es weniger um ein „Teilen für unsere Brüder und Schwestern in der DDR“ gehe, als vielmehr um ein „Abgeben aus dem Mehrzuwachs. Es wird niemand irgendwo in der Bundesrepublik einen Abstrich erfahren, niemand!“



Grundlegende Unterschiede bei der Interpretation des Staatsvertrags mit der DDR (v. l. n. r.): Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Dr. Helmut Linssen (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN).

Fotos: Schüler

„daß der Staatsvertrag zum 1. Juli 1990 in Kraft treten muß“. Aber ebenso deutlich müsse er sagen: „Diese Bereitschaft der Landesregierung, den jetzt vorliegenden Staatsvertrag in Kraft treten zu lassen, ist keine Zustimmung zu Verfahren und Inhalt“. Der Ministerpräsident umriß den Klärungsbedarf in fünf Punkten. Es müßten zwischen den Vertragspartnern weitere Maßnahmen vereinbart werden, um einer eventuellen dramatischen Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation entgegenzusteuern. Es müßte zudem verbindlich festgelegt werden, „daß die Stasi die SED, die Blockparteien und vergleichbare Organisationen vom Geldumtausch ausgeschlossen werden“. Bei der Währungsumstellung — Punkt drei — sei sicherzustellen, daß der „Tag der Währungsunion nicht zum Tag der Spekulanten“ wird. Gleichberechtigt neben die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion müßte die Umweltunion treten, for-

Dr. Helmut Linssen (CDU) bekundete Unklarheit über Ja oder Nein von Rau zum Staatsvertrag. Es handele sich bei der Regierungserklärung um die Abschlußpirotechnik eines wochenlangen Eiertanzes der SPD. Diese sei mehr mit dem Seelenhaushalt ihrer Partei beschäftigt als mit der deutsch-deutschen Einigung. Das Karo sei zu klein für die Herausforderungen der Zeit. Die Bitt- und Canossagänge nach Saarbrücken hätten die SPD bis hart an die Grenze der Selbstentwürdigung getrieben. Seit Januar habe die Bundesregierung die Länder 18mal informiert. Außer Kritik am Staatsvertrag sei nicht ein besserer Lösungsvorschlag von der SPD gekommen. Der Vertrag trage dazu bei, Probleme zu vermeiden. Die Investitionszulage sei eine wesentliche Hilfe, die Importsteuer in Konsumbereichen dagegen nicht gut. Die Kurzarbeiterregelung sei mühsam durchgesetzt worden. Die Umweltunion sei im Vertrag enthalten; da grenze es

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, ließ keinen Zweifel daran, daß die SPD des Landes und der Ministerpräsident die deutsche Einheit wollten. Farthmann erinnerte daran, daß die SPD im Gegensatz zur CDU mit ihrer Westintegrationspolitik in der Vergangenheit die Partei gewesen sei, „die der deutschen Einheit den höchsten Stellenwert einräumte“. Die Ostpolitik Willy Brandts, die von der CDU bis aufs Messer bekämpft worden sei, habe den einzigen und wichtigsten Schritt auf westdeutscher Seite zur Überwindung der Teilung getan. „Jeder, der behauptet, die SPD stehe nicht zur deutschen Einheit, belügt die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes“, stellte Farthmann fest und folgte daraus, daß darum die SPD auch das Recht habe, um den besten Weg dorthin zu ringen. Wenn man wie die SPD der Meinung sei, daß der Staatsvertrag „verhandlungsfähig und verhandlungsbedürftig ist“, dann könne man nicht, „vorab und formell“ seine Zustimmung zu eben diesem Vertrag erklären. Das Ja oder Nein zum Staatsvertrag habe nichts zu tun mit dem Ja oder Nein zur Währungsunion, für die die SPD prinzipiell sei: Angesichts des erreichten Standes der Entwicklung sei es unverantwortlich, die Währungsunion scheitern zu lassen oder zu verzögern.

Der Fraktionsvorsitzende warf dem Bundeskanzler und der Bundesregierung vor, sie verharmlosten das wahre Ausmaß der mit der deutschen Einigung verbundenen

Fortsetzung Seite 8

Rau erhielt bei der Ministerpräsidentenwahl auch zwei Stimmen der Opposition

„Bleiben Sie gesund und haben Sie eine glückliche Hand bei Ihrer Regierung“

Mit 124 Ja-Stimmen ist Johannes Rau (SPD) zum vierten Mal zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Als Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am 6. Juni 1990 nach knapp dreiviertelstündiger Sitzung des Plenums diese Zahl bekannt gab, brandete Beifall auf: Die Abgeordneten der SPD-Fraktion sprangen von ihren Sitzen auf und applaudierten dem alten und neuen Regierungschef, der auf seiner Abgeordnetenbank Platz genommen hatte.

Als die Ovationen, an denen sich die Opposition nicht beteiligte, nach Minuten endeten, erhob sich Rau und antwortete auf die Frage der Landtagspräsidentin: „Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen“. Die Präsidentin konnte das restliche Ergebnis des geheimen Wahlgangs nachtragen: 234 abgegebene Stimmen (drei Abgeordnete hatten sich entschuldigt), alle Stimmen gültig, 109 Abgeordnete stimmten gegen Rau, einer enthielt sich. Damit erreichte Rau zu

seiner Wiederwahl zwei Stimmen mehr, als die SPD-Fraktion zählt.

Kurz nach der Eröffnung der Sitzung, der Begrüßung der Teilnehmer und Gäste, der Gratulation für den CDU-Abgeordneten Peter Bensmann, der an diesem Tag 48 Jahre alt wurde, trat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, ans Rednerpult und präsentierte den einzigen Kandidaten für die Wahl des Ministerpräsidenten: „Dem Landtag möchte ich zur Wahl des Ministerpräsidenten namens der SPD-Fraktion den Abgeordneten Dr. h. c. Johannes Rau vorschlagen.“

Ohne Aussprache über diesen Vorschlag — so sieht es die Landesverfassung vor — begann der namentliche Aufruf der 234 anwesenden Abgeordneten durch die Schriftführerin Brundhild Decking-Schwil (CDU). Eingebt durch drei geheime Wahlgänge, die bei der konstituierenden Sitzung des Landtags am 31. Mai 1990 zur Wahl der Präsidentin und der zwei Vizepräsidenten absolviert worden waren, klappte die Stimmabgabe reibungslos. Der später ins Plenum kommende F.D.P.-Abgeordnete Rudolf Wickel konnte noch sein Votum abgeben, dann schloß die Präsidentin den Wahlvorgang und die Stimmenauszählung durch die Schriftführer begann. Nach einer kurzen Überprüfung stand das Ergebnis fest.

„Damit hat Herr Abgeordneter Dr. Rau die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit erhalten und ist zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt worden“, stellte Frau Friebe fest und wünschte, nachdem Rau die Wahl angenommen hatte, dem alten und neuen Ministerpräsidenten alles Gute. „Bleiben Sie vor allen Dingen gesund und haben Sie eine glückliche Hand bei Ihren schwierigen Regierungsgeschäften“, erklärte die Präsidentin und fügte mit Blick auf die auf der Zuschauertribüne sitzende Ehefrau Raus und der drei Kinder hinzu: „Ich wünsche Ihnen auch etwas mehr Zeit für Ihre Familie.“

Dann bat sie den Ministerpräsidenten zum Amtseid. Vor erhobenem Plenum sprach Rau die in Artikel 53 der Landesverfassung vorgesehene Formel: „Ich schwöre, daß ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Nach der Gratulation der Präsidentin und Aushändigung der Ernennungsurkunde gab es erneut, wie das Protokoll der Sitzung vermerkt, anhaltenden Beifall bei der SPD. Die Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien beglückwünschten Rau, der nun wieder auf der Regierungsbank Platz genommen hatte. Sie blieb an diesem Tag im übrigen sonst leer: Rau wird sein Kabinett, wie er mitteilte, in der Sitzung des Landtags am 13. Juni 1990 vorstellen. Bei der Abgabe der Regierungserklärung ist er bei seinem ursprünglichen Zeitplan geblieben, er will sie unmittelbar nach den Parlamentsferien dem Landtag vorlegen. Am 13. Juni will der Landtag dann auch noch über die Zusammensetzung der Ausschüsse befinden.



Vor dem Plenum, das sich erhoben hatte, nahm Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe dem soeben mit der von der Landesverfassung vorgeschriebenen Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählten Abgeordneten Johannes Rau den Amtseid ab. Anschließend händigte sie ihm die Ernennungsurkunde aus. Foto: Schüler



Ingeborg Friebe (1.) hat als neue Landtagspräsidentin den Landesorden verliehen bekommen. Sie nahm die Auszeichnung im Landtag aus den Händen von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) entgegen, der seine Familie zur Feierstunde mitgebracht hatte. Im Bild rechts: Frau Christina Rau sowie die Kinder Laura Helene (3), Philipp Immanuel (5) und Anna Christina (6). Foto: Schüler

Landtag einig

Tiefflüge und Abfangübungen einstellen

Heinz Hilgers (SPD) erklärte, die Forderung, alle Tiefflüge sofort einzustellen, sei richtig, weil diese Tiefflüge ein unverantwortlicher Lärmterror gegen die Bevölkerung seien. In den Kindergärten und Schulen müßten die Kinder und Erwachsenen ihre Tätigkeiten einstellen, wenn ein solches Ungetüm über diese Gebäude hinwegrase. Es sei besonders richtig zu fordern, daß Tieffluggebiete aufgehoben würden. Denn die Menschen in Schmallenberg oder Winterberg müßten das in 75 Meter Höhe ertragen und seien damit einem besonderen

Militärische Tiefflugübungen haben in einigen Landesteilen zu schweren Belastungen für die Bevölkerung geführt. Die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. haben sich deshalb am 13. Juni in einem gemeinsamen Antrag dafür ausgesprochen, daß Tiefflüge und Abfangübungen sofort einzustellen seien. Die Fraktion DIE GRÜNEN hatte sich dem Antrag nicht angeschlossen, weil in ihm der Satz enthalten war, die Bevölkerung von NRW stehe hinter dem Friedensauftrag der Bundeswehr und ihren Soldaten. Es sei blanke Unfug, das zu glauben, hieß es. Ein eigener Antrag der GRÜNEN wurde mehrheitlich abgelehnt.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) meinte, in der ganzen Bundesrepublik stellten sich mittlerweile Bürger und Politiker die Frage nach dem Sinn der Tiefflüge. Alle seien sich natürlich im klaren, „daß wir den Ausbildungsstand der Luftstreitkräfte erhalten wollen und müssen“. Die Menschen, die in den Tieffluggebieten lebten, hätten über viele Jahre hinweg Gefährdungen und Lärmbelastigungen im Interesse der Allgemeinheit auf sich genommen und ertragen. Die Politiker hätten nunmehr die Verpflichtung, alles zu tun, um die betroffenen Bürger möglichst schnell vom Schlimmsten zu entlasten.

tet. Stoltenberg ordne nur Überprüfungen an. Mehr als 30 Kommunen aus Sauer- und Siegerland hätten sich nun auf dem Klageweg begeben. Sie hätten einen Rechtsanspruch auf die Einstellung von Tiefstflügen. Für eine europäische Friedensordnung verlange die Mehrheit der Bevölkerung Sensibilität und Urteilsvermögen von der Bundesregierung. Clement forderte die CDU auf, beim Verteidigungsminister etwas zu bewirken.

Peter Bensmann (CDU) erinnerte an die Forderung seiner Fraktion vom März 1990, den Tiefflug zu beenden. Auch der Verteidi-



Gegen Tiefflüge: v. l. Heinz Hilgers (SPD), Karl Nagel (CDU), Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) und Minister Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schüler

Lärmterror ausgesetzt. Der Abgeordnete erinnerte daran, wäre das Flugzeug, das in Remscheid abgestürzt sei, 23 Sekunden vorher abgestürzt, wäre es in das Bayer-Werk in Dormagen gefallen. Er beobachte fast jeden Tag im Sommer, daß Jet-Piloten dieses Werk als „Angriffsziel“ benutzten. Hilgers unterstrich indessen, die SPD stehe zum Friedensauftrag der Bundeswehr. Dieser Auftrag sei Verpflichtung, die Abrüstung voranzutreiben.

Karl Nagel (CDU) betonte, er sehe keine Fraktion, die nicht „mit uns“ der Überzeugung wäre, daß die völlig veränderte sicherheitspolitische Lage und damit die vervielfachte Vorwarnzeit die Tiefflugübungen und die Luftkampfübungen in der bisherigen Form völlig überflüssig machten. Deshalb sollte das Hohe Haus ohne Wenn und Aber ein eindeutiges politisches Signal setzen und die Bundesregierung und die Alliierten ultimativ auffordern, alle Tiefflugübungen, und zwar sofort, einzustellen, die sieben Tieffluggebiete unverzüglich aufzuheben und auf die Luftkampfübungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich zu verzichten. Die körperlichen und seelischen Belastungen der Menschen in den sieben Tieffluggebieten seien unerträglich geworden. Der Abgeordnete räumte ein, alle bisherigen Interventionen und politischen Aktionen nach spürbarer Entlastung seien ohne Erfolg geblieben.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) betonte, militärischer Tiefflug bedeute ständige Angst und Bedrohung. Seine Fraktion beantragt eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm, die folgende Rechtsgrundsätze enthalte: Ausdehnung des sachlichen Geltungsbereiches des Fluglärmgesetzes von der Umgebung von militärischen und zivilen Flugplätzen auf den gesamten militärischen und zivilen Tiefflugverkehr in der gesamten Bundesrepublik. Die absolute Untergrenze für Tief- und Tiefstflüge werde auf 450 Meter angehoben. Die Schallmauer dürfe nur über See durchbrochen werden, und militärische Schauflüge, Großflugtage und ähnliche Veranstaltungen seien generell unzulässig.

Wolfgang Clement (SPD), Chef der Staatskanzlei, begrüßte in seiner ersten Rede im Landtag den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. Mit dem Vorredner Nagel teilte er Verzweiflung über den Bundesverteidigungsminister. Die Auseinandersetzung über Tiefflüge sei ein einziger Leidensweg, Opfer seien Bürger und Soldaten. Dafür sei eine militärische Bürokratie verantwortlich, die zu neuem Denken unfähig scheine. Eine Armee, die zur tödlichen Gefahr für die zu Schützenden wie in Remscheid werde, stelle ihren Auftrag in Frage. Versuche der Landesregierung, die Bonner Militärbürokratie aus ihrer Tiefflugideologie zu befreien, hätten nichts gefrucht-

gungsausschuß des Bundestages habe sich ähnlich geäußert. Der Minister müsse sich jedoch an NATO-Verträge halten. Besonders hartnäckig sei die britische Regierungschefin. Der NATO-Strategie der Vorverteidigung sei überholt. Den Radargürtel zu unterfliegen bei Zielen in der DDR oder Polen sei nicht mehr nötig. Für unsere Sicherheit brauchten wir aber auch in Zukunft Streitkräfte. Das Überwachungssystem Skyguard müsse stärker eingesetzt werden, um Übeltäter zu erwischen. Insgesamt stehe die CDU aber hinter dem Friedensauftrag der Bundeswehr als Garant für den Frieden.

NRW-Wissenschaftsministerium wertet Krieles Begründung

In einer Stellungnahme zu einer Meldung in „Landtag intern“ vom 5. Juni 1990 wertet das NRW-Wissenschaftsministerium die Begründung des Kölner Rechtsprofessors Dr. Martin Kriele, sein CDU-Mandat nicht anzunehmen. Darin heißt es, die von Kriele begehrte Zusage, nach parlamentarischer Tätigkeit in sein jetziges Amt als Direktor des Instituts für Staatsphilosophie und Rechtspolitik zurückkehren zu können, wäre rechtswidrig gewesen und hätte einen „schwerwiegenden Eingriff des Ministeriums in die Autonomie der Hochschule“ dargestellt.

Antrag der GRÜNEN an Ausschüsse überwiesen Dioxin in NRW beschäftigt den Landtag

Trotz Kritik am Antrag der GRÜNEN-Fraktion, Dioxinfunde in Remscheid in erster Linie auf den Flugzeugabsturz vom 8. Dezember 1988 zurückzuführen, wurde der Antrag „Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung in Remscheid“ (Drs. 11/37) mit den Stimmen aller Fraktionen am 13. Juni am die Ausschüsse für Arbeit und Soziales (federführend) und Umwelt und Raumordnung (mitberatend) überwiesen. In der Aussprache ging es vor allem darum, den gemessenen Dioxinbelastungen von Remscheid vertretbare Ursachen zuzuweisen und unangebrachte Reaktionen zu vermeiden.



Suche nach den Ursachen: v. l. Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN), Robert Schumacher (SPD), Dr. Annemarie Schraps (CDU) und Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.).
Fotos: Schüler

Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) bezeichnete in der Begründung des Antrags das Verhalten der Behörden als verharmlosend und unverantwortlich. Erst ein halbes Jahr nach dem Auftreten von Hautkrankheiten im Absturzgebiet des Flugzeugs habe es Untersuchungsbefunde gegeben. Den Bewohnern sei mitgeteilt worden, daß keine zu hohen Dioxinbelastungen vorlägen. Auf weiteres Drängen der Betroffenen seien die Grenzwertempfehlungen des Bundesgesundheitsamts bekanntgemacht und Vorsichtsmaßnahmen empfohlen worden. Das sei unverantwortlich und paradox, wenn von der Bevölkerung bezahlte Behörden gegen diese arbeiten. Dioxinfunde außerhalb der Absturzstelle legten weitere Ursachen nahe, vielleicht die Müllverbrennungsanlage. Die Expertenbewertung, die Belastung sei „typisch für alte Industriegebiete“, verharmlose die Gesundheitsgefährdung. Namens ihrer Fraktion forderte die Rednerin ein neues Gesamtgutachten, besondere medizinische Untersuchungen und Informationen für Betroffene, Spezialunterrichtung von Ärzten und ein landesweites Hearing zur Dioxinbelastung in NRW.

Robert Schumacher (SPD) bezeichnete die Unruhe in seiner Heimatstadt Remscheid als erforderlich und gerechtfertigt, für den Antrag sei er dankbar. Viele Fragen nach Bekanntwerden der Befunde seien bei der Bevölkerung noch unklar. Der Rat der Stadt, der weitere Untersuchungen sowie ein öffentliches Hearing beschlossen und in Auftrag gegeben habe, sei jedoch überfordert und erwarte die Hilfe des Landes. Bei den Ursachen sei die Addition mehrerer Belastungen wahrscheinlich.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) hielt den Antrag für eine hilfreiche Diskussionsgrundlage in den Ausschüssen mit Ausnahme einiger unbewiesener Formulierungen. Die Dioxinfunde von Remscheid könnten Anlaß für Untersuchungen sein, aber die Forde-

rungen ihrer Fraktion reichten weiter. Altlasten in Böden müßten flächendeckend festgestellt werden. NRW sei nicht nur Industrie-region, sondern auch Lebensraum. Es gebe dringenden Handlungsbedarf vor allem bei Stadtböden. Die Rednerin schloß sich der Forderung an, im Landtag eine Expertenanhörung durchzuführen.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) hielt den Antrag nicht für sachdienlich, da es den Initiatoren nicht um echte Ursachenermittlung, sondern um den Versuch gehe, alles auf Müllverwertungsanlagen zurückzuführen. Der Hinweis auf Nordkirchen sei falsch, ebenso Annahmen über den Transfer von Stoffen aus Böden in Pflanzen und Tiere. Teiluntersuchungen ergäben falsche Erkenntnisse. Zusätzliche Messungen seien sinnvoll, weitere Gutachten nicht. Die F.D.P. halte auch nichts von einem Hearing, da sich eine Bund-Länder-Gruppe damit bereits befasse.

Minister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erwiderte in Vertretung des Gesundheitsministers, beim Dioxinproblem gehe die Landesregierung weit über die Forderungen der GRÜNEN hinaus. Die Kritik an den Behörden weise er zurück; den Vermutungen auf Zusammenhänge sei umgehend nachgegangen worden. Das medizinische Untersuchungsangebot einer Umwelt-Ambulanz in Düsseldorf sei neu und bisher einzigartig. Über die Einsicht in Protokolle von Expertengesprächen könne man reden. Die Vorsorgegüter des Bundesgesundheitsamts seien auf Kleingärten nicht anwendbar, es müsse bei den Meßorten unterschieden werden.

Georg Gregull (CDU) machte auf einen Widerspruch zwischen der Aufforderung zum Verzehr von Gemüse und weiteren Untersuchungen aufmerksam. Die Beratung seitens der Stadt sei unzureichend gewesen. Es fehlten speziell vorgebildete Fachleute und sicher auch Geld. Die Landesre-

gierung solle sich dem Problem mit Energie widmen. Die Belastung sei da, es müsse darauf reagiert werden, aber nicht mit Hysterie und Panik. Teil- und Halbwissen dürfe nicht zum Maßstab werden.

Wolfram Kuschke (SPD) unterstellte dem Antrag die Absicht einer Generalabrechnung mit der Müllverbrennung, was nicht weiterführe. Das Parlament habe den Rahmen für eine ausreichende Gesundheitsvorsorge zu setzen, nicht Expertenmeinungen zu bewerten. Der Redner zählte Ergebnisse der früheren Landtagsaussprache über eine Große Anfrage der SPD zur Umweltmedizin auf und drückte die Erwartung eines Gesetzesentwurfs noch in diesem Jahr aus. Umweltmedizin sei jedoch kein Schwerpunkt für Landes-, sondern für Bundes- und Europa-politik.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) forderte, den Reden auch Taten folgen zu lassen, und wiederholte den Vorwurf, die Behörden hätten versagt. Der Gutachter Schlipkötter sei den GRÜNEN suspekt. Es gebe auch keine „historisch gewachsene Grundbelastung“ mit Dioxin, da dieses noch nicht lange produziert werde. Dioxin sei nur die Spitze eines Eisbergs. Der menschliche Körper kümmere sich nicht um Grenzwerte.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) fand es merkwürdig, mangelndes Wissen einzugestehen, aber dennoch zu urteilen. Das Dioxinproblem sei Folge jahrzehntelanger Produktion in bestimmten Bereichen. Über die wirklichen Quellen müsse diskutiert werden. In NRW laufe das größte Meßprogramm für Dioxine, das Land verfüge über ein einzigartiges Instrumentarium zur Erstellung eines Dioxin-Monitoring. Seriöse Politik bestehe darin, richtig zu gewichten und die wirklichen Ursachen zu bekämpfen. Remscheid könne zum Anlaß für Änderungen bei gesundheitsschädlichen Produktionsbedingungen werden.

Neue Sozialhilfesätze ab 1. Juli gültig

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat auf seiner ersten Sitzung unter der Leitung des neuen Ausschußvorsitzenden Bodo Champignon (SPD) die vom Sozialminister NRW vorgelegte Verordnung zur Anpassung der Regelsätze in der Sozialhilfe zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Ausschußmitglied der GRÜNEN enthielt sich der Stimme, weil seine Fraktion der Auffassung sei, im Bereich der Sozialhilfe müsse es eine grundsätzlich andere Weichenstellung geben. Darüber will der Ausschuß in einer eigenen Sitzung beraten. Auf der nächsten Sitzung am 8. August ist außerdem wieder die Einrichtung der Arbeitsgruppe Staatsbad Oeynhausen vorgesehen.

In der Sozialhilfe gelten ab 1. Juli 1990 folgende Regelsätze: Für den Haushaltsvorstand 449 Mark, für Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres 247 bzw. 225 Mark, für Haushaltsangehörige vom 8. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 292 Mark, für Haushaltsangehörige vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 404 Mark und für Haushaltsangehörige vom Beginn des 19. Lebensjahres an 359 Mark.

Vier neue Gesichter im Kabinett des Regierungschefs Rau

Dr. Herbert Schnoor (63), Innenminister, stellvertretender Ministerpräsident, verheiratet, zwei Kinder, stammt aus Aurich/Ostfriesland. Jurist. Seit 1965 Mitglied der SPD, seit 1980 des Landtags. Ministerialdirigent, 1970 bis 1975 Staatssekretär im Wissenschaftsministerium. 1975 bis 1980 Chef der Staatskanzlei. Seit 1980 Innenminister.

Dr. Rolf Krumsiek (56), Justizminister, geboren in Oberkirchen/Grafschaft Schaumburg, verheiratet, zwei Kinder. Jurist. 1962 Mitglied der SPD, Assessor, Justitiar, 1966 Stadtrat in Göttingen. 1971 bis 1980 Oberstadtdirektor in Wuppertal. 1980 bis 1983 Chef der Staatskanzlei. 1983 bis 1985 Wissenschaftsminister. Seit 1985 Mitglied des Landtags.

Fraktionsvorsitzende. 1981 Senatorin für Jugend, Familie und Sport in Berlin. Bis 1983 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Seit 1985 Wissenschaftsministerin in Düsseldorf.

Hermann Heinemann (62), Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, stammt aus Dortmund, verheiratet, zwei Kinder. Sparkassenbeamter. Seit 1951 Mitglied der SPD, seit 1973 des SPD-Parteivorstandes. 1975 Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen. 1983 bis 1984 Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 1985 Landtagsabgeordneter und Minister.

Günther Einert (59), Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, geboren in

Jugendbildungsreferent. Seit 1962 Mitglied der SPD, seit 1971 des Landtags von Schleswig-Holstein. Dort Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Seit 1975 Mitglied im SPD-Bundesvorstand. Seit 1983 Minister in Düsseldorf.

Ilse Brusis (52), Ministerin für Bauen und Wohnen, ledig. Studium an der PH Kettwig, Lehrerin, Schulrätin von 1975 bis 1977. Ab 1971 Geschäftsführerin des GEW-Landesverbandes NRW. 1975 bis 1981 dessen Vorsitzende. 1979 bis 1982 Mitglied des Geschäftsführenden GEW-Hauptvorstandes. 1982 Wahl in den DGB-Bundesvorstand. Seit 1982 Vorsitzende des Vorstands der Hans-Böckler-Stiftung. Mitglied der SPD.



Das neue Kabinett: in der oberen Reihe v. l. die Ministerin und Minister Dr. Herbert Schnoor, Dr. Rolf Krumsiek, Hans Schwier, Anke Brunn, Hermann Heinemann und Günther Einert. In der unteren Reihe v. l. die Ministerinnen und Minister Klaus Matthiesen, Ilse Brusis, Franz-Josef Kniola, Ilse Ridder-Melchers, Heinz Schleußer und Wolfgang Clement.



Hans Schwier (57), Kultusminister, stammt aus Porta Westfalica, verheiratet, drei Kinder. Schulrat. Seit 1952 Mitglied der SPD. Seit 1970 Mitglied des Landtags, seit 1971 des SPD-Landesvorstands. Von 1975 bis 1980 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Von 1980 bis 1983 Wissenschaftsminister. 1985 Präsident der Kultusministerkonferenz.

Anke Brunn (47), geboren in Behlendorf/Kreis Lauenburg, verheiratet, ein Kind. Ministerin für Wissenschaft und Forschung. Diplom-Volkswirtin. Seit 1967 Mitglied der SPD. Von 1970 bis 1981 Abgeordnete des Landtags. 1979 bis 1981 stellvertretende

Langenöls/Schlesien, Diplom-Volkswirt, verheiratet, drei Kinder. Seit 1951 Mitglied der SPD. Rechtsschutzsekretär. 1960 bis 1980 DGB-Geschäftsführer im Kreis Mark. 1964 bis 1974 Oberbürgermeister in Iserlohn. 1966 bis 1970 und ab 1971 Mitglied des Landtags. 1980 bis 1983 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Seit 1983 Minister für Bundesangelegenheiten.

Klaus Matthiesen (50), Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, stammt aus Gangerschild/Kreis Schleswig-Flensburg, verheiratet, zwei Kinder. Studium der Sozialarbeit, Staatsexamen. Bis 1971

Franz-Josef Kniola (47), Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, geboren in Dortmund, verheiratet, vier Kinder. Staatsexamen in Sozialarbeit, davor Steinmetzlehre und Gesellenprüfung. Bildungssekretär, freier Referent für Erwachsenenbildung. 1977 Übernahme des elterlichen Steinmetzbetriebes. Meisterprüfung der Steinmetz- und Steinbildhauermeister. Seit 1963 Mitglied der SPD, seit 1975 des Landtags.

Ilse Ridder-Melchers (45), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, geboren in Hindenburg/Oberschlesien, verheiratet, zwei Kinder (siehe auch Porträt Seite 16).
Fortsetzung Seite 8

Staatsvertrag...

Fortsetzung von Seite 3

Kosten. Man könne nicht so tun, als sei die Währungsunion aus laufenden Haushaltsmitteln und ein paar Darlehensmilliarden zu bezahlen. Die Wahrheit sei, „daß auch uns in der BRD als Folge der deutschen Einheit eine Rechnung präsentiert werden wird, deren Ausmaß noch nicht einmal zu erkennen, geschweige denn zu beziffern ist“. Farthmann forderte die Bundesregierung auf, den Bürgern und Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik „endlich reinen Wein“ einzuschenken. Die Bundesregierung sollte sämtliche Sparpotentiale ausschöpfen; das heiße vor allem, im Verteidigungsetat deutliche Einsparungen vorzunehmen. Zudem sei auf die angekündigten Steuersenkungen für Unternehmen zu verzichten. Zum Schluß warnte der Sprecher die Bundesregierung davor, schon jetzt Termine für gesamtdeutsche Wahlen anzuberaumen, „ohne die Länderregierungen und die Landesparlamente an der Entscheidung zu beteiligen“. Farthmann: „Die deutsche Einheit ist nicht die Privatsache des Bundeskanzlers.“

Dr. Achim Rohde, Fraktionsvorsitzender der F.D.P., warf der SPD und dem Ministerpräsidenten vor, ihre Erklärungen seien „Enthaltungen, und mit Enthaltungen verabschieden Sie sich aus dem deutsch-deutschen Einigungsprozeß“. Der Ministerpräsident bleibe eine klare Antwort in seiner Regierungserklärung schuldig, ob weitere Nachbesserungen erforderlich seien oder ob diese Nachbesserungen schon erfolgt seien, so daß die Zustimmung zum Staatsvertrag klar sei. Man mache sich vor der Geschichte lächerlich, fuhr Rohde fort, wenn man zwar zustimme, ausdrücklich dann aber erkläre, es handele sich nicht um eine inhaltliche Zustimmung. Zu dieser „Wisch-Waschi-Politik“ der SPD erklärte die F.D.P.: „Der SPD geht es offenbar nicht mehr um Inhalte, sondern nur um taktische Manöver, die helfen sollen, das Gesicht zu wahren, nachdem sich der Kanzlerkandidat Lafontaine verrannt hat.“ Der Staatsvertrag mit der DDR sei eine der politischen Grundentscheidungen, vergleichbar mit dem Grundgesetz und anderen Verträgen — ob sich da die SPD vorstellen könne, „Neinsager-Partei“ zu werden und mit Ja zu stimmen, zum Inhalt aber Nein zu sagen? Wenn die SPD sage, sie störten die Risiken der Einheit, dann müsse er sagen: Es gibt keinen risikofreien Weg. Man könne nicht Schritt für Schritt vorgehen, und es sei auch nicht möglich, per Vertrag „jeden Lebensatbestand hellseherisch im voraus zu regeln“. Im übrigen sei alles, was die SPD wolle, im Vertrag enthalten, auch die Umweltunion. Es sei illusorisch zu glauben, zum Schutz der Betriebe in der DDR über sie eine „Käseglocke“ zu stülpen, um den Strukturwandel zu erleichtern und Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden. Der Antrag der SPD-Fraktion sei von „trübem Pessimismus“ gekennzeichnet, fuhr Rohde fort, er sei beckmesserisch, vom Krämergeist getragen. Die SPD weise keinen Weg, habe keinen Stufenplan und „nur Bedenken zu haben, das genügt nicht“. Natürlich gebe es keinen risikofreien Weg, aber aus der Währungsreform wisse man, je schneller man günstige Rahmenbedingungen schaffe, um so größer sei die Chance auf Erfolg.

Dr. Michael Vesper, Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN, schlug vor, dem aus Bundesrepublik und DDR entstehenden neuen

Staat den Namen „Deutsche Republik“ zu geben — eine Republik mit ökologischen, sozialen und demokratischen Grundmauern und mit einer konsequent föderalen Struktur. Es gehe nicht um das Ja oder Nein zum Staatsvertrag, sondern um zwei unterschiedliche Wege: den des „Wachstumsfetischismus“, der ins Chaos führe, und den Weg des Lernens aus Fehlern, der zu einer ökologischen und sozialen Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft führe. DIE GRÜNEN seien für den zweiten Weg, „weil wir wissen, daß es nach dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten nicht einfach so weitergehen kann wie bisher“. Der Sprecher bedauerte, daß in der Debatte so wenig von den eigentlichen Siegern über das SED-Regime die Rede sei: Bürgerinitiativen, Frauen, Kirchen und Umweltgruppen, Menschenrechtsbewegungen. Verdrängt würden dagegen die unseelige Rolle der Blockparteien und die wirkliche Rolle der bundesdeutschen Politik vor dem 9. November jenseits der Sonntagsreden. Die größte Verdrängungsleistung, so Vesper weiter, bestehe aber darin, „daß kollektive Vergessen der Probleme und Mißstände in der Bundesrepublik zu organisieren“. Diese Verdrängung seien DIE GRÜNEN nicht bereit mitzumachen. Es sei ihre Überzeugung, daß sich in der DDR nichts zum Besseren ändere, „wenn sich hier nichts ändert“. Zudem könne man von der DDR lernen, etwa in der Abfallwirtschaft oder in der Energiepolitik, wo es eine hohe Fernwärmequote gebe. Außerdem werde in der DDR viel mehr Güterverkehr über die Schiene abgewickelt als hierzulande, und ob man den relativ geringen motorisierten Individualverkehr erhöhen solle, sei auch die Frage. „Der Staatsvertrag ist ein Kaufvertrag“, fuhr Vesper fort, das DDR-Vermögen stehe zum Ausverkauf.

Lothar Hegemann (CDU) stellte die Frage, was wäre, wenn der Westen nicht konsequent zusammengestanden und den Nato-Doppelbeschluß nicht verwirklicht hätte? Was wäre, wenn — unter Führung von Helmut Kohl — Europa nicht zusammengewachsen wäre? Man wisse es nicht, aber er sei ganz sicher: Glasnost und Perestroika hätte es in dieser Form nicht gegeben, und damit hätte es die Entwicklung in Osteuropa nicht gegeben. Der Abgeordnete meinte, es sei schwer, als Opposition eine Richtung zu finden.

Jürgen Büssov (SPD) entgegnete, was sein Vorredner gemacht habe, sei, sein politisches Gegenüber, die SPD, zu denunzieren. Jetzt sei ja interessant, daß der Staatsvertrag ursprünglich die gesetzliche Aner-

kennung der Aussperrung enthalten habe und diese vielleicht sogar über Artikel 8 des Staatsvertrages in unser Rechtsregelwerk in der Bundesrepublik zu transferieren. Denn weitere Vereinbarungen könnten ja die Regierungen der DDR und der Bundesrepublik gemeinsam treffen, ohne daß es einem Parlamentsvorbehalt gebe, und ohne daß der Bundesrat mitbestimmen könne. Allein dieser Punkt müßte jeden Parlamentarier Nordrhein-Westfalens treffen, wenn er den Föderalismus hochhalten wolle.

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) hielt CDU und F.D.P. vor, es gebe offensichtlich für sie keine andere Möglichkeit, als die berechtigten Konsum- und Wohlfahrtswünsche der DDR-Bürger und Bürgerinnen über einem immensen wirtschaftlichen Aufschwung hier zu finanzieren. Damit sei man genau dabei, die Probleme von morgen mit den Lösungsmustern von vorgestern zu beantworten. Deutsche Einheit, das könne doch auch bedeuten, einen gemeinsamen Reformprozeß, eine Reformdiskussion in Gang zu setzen, „von der sich dann vielleicht sogar die stabilen Verhältnisse in NRW ein Stück bewegen lassen“.

Hartmut Schauerte (CDU) warf der SPD vor, was hier um taktischer Vorteile willen an Hoffnung und Zukunft zeredet, halbherzig angepackt und zum Teil in den Schmutz gezogen werde, könne kein Verständnis finden. Nordrhein-Westfalen schließe sich da nicht aus. Er wisse, daß es gerade in der nordrhein-westfälischen SPD viele aufrechte und grundsätzliche Sozialdemokraten gebe. Deswegen könne er auch nachvollziehen, „welche Probleme Sie bei der Debatte, die Sie um der taktischen Vorteile des Herrn Oskar Lafontaine willen führen, haben“, sagte der Abgeordnete.

Reinhold Trinius (SPD) bekräftigte, die Herstellung der deutschen Einheit in Freiheit, in Demokratie und sozialer Gerechtigkeit sei eine genuin sozialdemokratische Aufgabe. Die SPD stehe in jedem Fall in der Haftung. Er meine nur, wenn die beiden deutschen Staaten jetzt zusammenwachsen, dann müsse man sich in einem Punkt einig sein: „Wir wollen diese Chancen ergreifen, und der Risiken müssen wir uns bewußt sein, und zwar nicht um Angst zu machen; denn je genauer das Bewußtsein für die Risiken ist, desto größter ist auch die Möglichkeit, daß wir von den wirklichen Chancen Gebrauch machen.“

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sagte zur Beteiligung des Volkes: „Suchen wir doch gemeinsam nach einem Weg, wie wir eine Abstimmung des Volkes erreichen können.“

Kabinett...

Fortsetzung von Seite 7

1965 Abitur. 1966 Mitglied der SPD. 1972 bis 1977 Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Coesfeld. Seit 1976 stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks. Seit 1982 AsF-Landesvorsitzende. Seit 1985 Mitglied des SPD-Landesvorstandes. 1986 Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann. Mitglied des Landtags mit Unterbrechung seit 1977.

Heinz Schleußer (54), Finanzminister, geboren in Oberhausen, verheiratet, fünf Kinder, seit 1957 Mitglied der SPD, 1954 bis 1963 Schlosser bei der Hüttenwerk Oberhausen AG. 1969 bis 1987 1. Bevollmächtigter der IG Metall Oberhausen. 1969 bis 1988 Mitglied des Rates, Fraktionsvorsitzender.

Seit 1975 Mitglied des Landtags, finanzpolitischer Sprecher. Seit 1982 Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederrhein.

Wolfgang Clement (49), Minister (für besondere Aufgaben) und Chef der Staatskanzlei, verheiratet, fünf Kinder, stammt aus Bochum. 1960 bis 1965 Jura-Studium und Volontariat, 1965 1. Staatsexamen, 1965 bis 1967 Rechtsreferendar am Oberlandesgericht Hamm, 1967 bis 1968 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Prozeßrecht der Uni Marburg. 1968 Redakteur der Westfälischen Rundschau, 1973 stellvertretender Chefredakteur. 1981 bis 1986 Sprecher des SPD-Parteivorstandes und stellvertretender Bundesgeschäftsführer. 1987 Chefredakteur der Hamburger Morgenpost. 1989 Chef der Staatskanzlei NRW.

Aus Kommission „Mensch und Technik“ wurde neuer Ausschuß

Kurz nach der Sitzung des Landtags am 13. Juni sind auf gemeinsamen Antrag aller vier Landtagsfraktionen 20 Ausschüsse gebildet worden. Schon im Verlauf der 1. Sitzung des 11. Landtags war der Ausschuß für

Grubensicherheit bestellt worden. Neu ist in dieser Legislaturperiode der Ausschuß „Mensch und Technik“ eingerichtet worden, der aus der gleichnamigen Kommission der abgelaufenen Wahlperiode hervorgegangen ist.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Vorsitzender: Champignon, Bodo

Stellvertretender Vorsitzender: Harbich, Helmut

SPD
 Champignon, Bodo
 Dedanwala, Vera
 Garbe, Anne
 Hovest, Ludgerus
 Jankowski, Siegfried
 Jansen, Hermann
 Kuschke, Wolfram
 Meyer zur Heide, Günter
 Radtke, Horst
 Schmidt, Ulrich
 Vöge, Horst-Dieter
 Dr. Vollmann, Wilhelm

CDU
 Arentz, Hermann-Josef
 Dreyer, Heinrich
 Gregull, Georg
 Harbich, Helmut
 Hüls, Otti
 Hussing, Karin
 Krömer, Wilhelm
 Löseke, Alfons
 Nagel, Karl

F.D.P.
 Lanfermann, Heinz

DIE GRÜNEN
 Kreutz, Daniel

Ausschuß für Frauenpolitik

Vorsitzende: Morawietz, Marie-Luise

Stellvertretende Vorsitzende: Opladen, Maria-Theresia

SPD
 Boulboulé, Carla
 Garbe, Anne
 Hemker, Reinhold
 Jentsch, Jürgen
 Meyer-Schiffer, Gisela
 Morawietz, Marie-Luise
 Rauterkus, Marita
 Speth, Brigitte

CDU
 van Dinther, Regina
 Nagel, Karl
 Opladen, Maria-Theresia
 Wischermann, Bärbel
 Woldering, Marie-Luise

F.D.P.
 Witteler-Koch, Ruth

DIE GRÜNEN
 Hürten, Marianne

Ausschuß für Grubensicherheit

Vorsitzender: Marmulla, Helmut

Stellvertretender Vorsitzender: Kampmann, Hermann

SPD
 Apostel, Rudolf
 Degen, Manfred
 Hofmann, Friedrich
 Jankowski, Siegfried
 Marmulla, Helmut
 Sieg, Gunther
 Sohns, Eberhard
 Vorpeil, Hans

CDU
 Jaeger, Wolfgang
 Kampmann, Hermann
 Kollorz, Friedrich
 Pangel, Franz-Josef
 Wagner, Hans

F.D.P.
 Meyer, Friedrich

DIE GRÜNEN
 Martsch, Siegfried

Hauptausschuß

Vorsitzender: Grätz, Reinhard

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Pohl, Ottmar

SPD
 Büssow, Jürgen
 Burger, Norbert
 Prof. Dr. Farthmann, Friedhelm
 Gießelmann, Helga
 Grätz, Reinhard
 Hellwig, Helmut
 Hemker, Reinhold
 Dr. Kasperek, Bernhard
 Kern, Hans
 Wendzinski, Gerhard

CDU
 Hardt, Heinz
 Hegemann, Lothar
 Hieronymi, Ruth
 Dr. Klose, Hans-Ulrich
 Dr. Linssen, Helmut
 Dr. Pohl, Ottmar
 Dr. Worms, Bernhard

F.D.P.
 Dr. Rohde, Achim

DIE GRÜNEN
 Höhn, Bärbel

Haushalts- und Finanzausschuß

Vorsitzender: Dautzenberg, Leo

Stellvertretender Vorsitzender: Schumacher, Robert

SPD
 Berger, Heidi
 Frechen, Stefan
 Dr. Haak, Dieter
 Harms, Günter
 Henning, Horst
 Dr. Heugel, Klaus
 Meyer-Schiffer, Gisela
 Niggeloh, Lothar
 Pfänder, Erwin
 Schumacher, Robert
 Trinius, Reinhold
 Walsken, Ernst

CDU
 Bensmann, Peter
 Dautzenberg, Leo
 Meulenbergh, Karl
 Paus, Marianne
 Riscop, Franz
 Schauerte, Hartmut
 Schittges, Winfried
 Wegener, Karl

F.D.P.
 Wickel, Rudolf

DIE GRÜNEN
 Dr. Busch, Manfred

Ausschuß für Haushaltskontrolle

Vorsitzender: Neuhaus, Walter

Stellvertretender Vorsitzender: Jansen, Hermann

SPD
 Brülle, Karl-Heinz
 Grevenner, Walter
 Harms, Günter
 Jansen, Hermann
 Klaps, Hans
 Pazdziora-Merk, Jarka
 Reinecke, Donata
 Werthmann, Ellen

CDU
 Balke, Franz-Josef
 Bensmann, Peter
 Britz, Franz-Josef
 Neuhaus, Walter

F.D.P.
 Dr. Riemer, Horst-Ludwig

DIE GRÜNEN
 Dr. Busch, Manfred

Ausschuß für Innere Verwaltung

Vorsitzender: Reinhard, Egbert

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Lichtenberg, Hans-Jürgen

SPD
 Bruckschen, Manfred
 Dedanwala, Vera
 Frechen, Stefan
 Jentsch, Jürgen
 Kessel, Dietrich
 Lucas, Manfred
 Moron, Edgar
 Reinhard, Egbert
 Schmidt, Irmgard

CDU
 Hussing, Karin
 Dr. Lichtenberg, Hans-Jürgen
 Meyers, Heinrich
 Opladen, Maria-Theresia
 Paus, Heinz
 Stallmann, Klaus

F.D.P.
 Larisika-Ulmke, Dagmar

DIE GRÜNEN
 Appel, Roland

Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie

Vorsitzender: Heckelmann, Erich

Stellvertretender Vorsitzender: Engelhardt, Andreas

SPD
 Flessenkemper, Bernhard
 Heckelmann, Erich
 Hilgers, Heinz
 Jentsch, Jürgen
 Radtke, Horst
 Rothstein, Erika
 Stevens, Martin
 Vöge, Horst-Dieter
 Dr. Vollmann, Wilhelm

CDU
 van Dinther, Regina
 Engelhardt, Andreas
 Gregull, Georg
 Hüls, Otti
 Löseke, Alfons
 Rösenberg, Antonius

F.D.P.
 Witteler-Koch, Ruth

DIE GRÜNEN
 Scheffler, Beate

Ausschuß für Kommunalpolitik

Vorsitzender: Dr. Twenhöven, Georg

Stellvertretender Vorsitzender: Hofmann, Friedrich

SPD
 Böse, Karl
 Grevenner, Walter
 Hofmann, Friedrich
 Marmulla, Helmut
 Rothstein, Erika
 Schaufuß, Jürgen
 Schnepel, Karl-Heinz
 Thulke, Jürgen
 Wilmbusse, Reinhard
 Wirtz, Heinz

CDU
 Britz, Franz-Josef
 Dr. Hahn, Rolf
 Leifert, Albert
 Lieven, Wilhelm
 Lüke, Wilhelm
 Dr. Twenhöven, Georg
 Wagner, Hans

F.D.P.
 Ruppert, Michael

DIE GRÜNEN
 Höhn, Bärbel

Kulturausschuß

Vorsitzende: Matthäus, Hildegard

Stellvertretender Vorsitzender: Böcker, Manfred

SPD
 Böcker, Manfred
 Dr. Brunemeier, Bernd
 Dr. Gerritz, Eugen
 Grätz, Reinhard
 Pazdziora-Merk, Jarka
 Rauterkus, Marita
 Schultheis, Karl
 Sommerfeld, Horst
 Walsken, Ernst

CDU
 Dr. Horn, Hans
 Kuckart, Leonhard
 Matthäus, Hildegard
 Meyers, Heinrich
 Prof. Dr. Möhrmann, Renate
 Robels-Fröhlich, Marlis

F.D.P.
 Dorn, Wolfram

DIE GRÜNEN
 Schumann, Brigitte

Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Vorsitzender: Kruse, Heinrich

Stellvertretender Vorsitzender: Steinkühler, Horst

SPD
 Gorlas, Johannes
 Grevenner, Walter
 Hemker, Reinhold

CDU
 Keller, Ilka
 Knipschild, Karl
 Krömer, Wilhelm

Fortsetzung ▷

Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Fortsetzung von Seite 9

SPD Heidtmann, Herbert Klaps, Hans Meyer zur Heide, Günter Moritz, Hans Dieter Rusche, Karl-Heinz Sieg, Gunther Sohns, Eberhard Steinkühler, Horst Stevens, Martin	CDU Kruse, Heinrich Leifert, Albert Neuhaus, Walter Schmitz, Hermann-Josef Uhlenberg, Eckhard
	F.D.P. Meyer, Friedrich
	DIE GRÜNEN Martsch, Siegfried

Ausschuß „Mensch und Technik“

Vorsitzende: Dr. Grüber, Katrin

Stellvertretender Vorsitzender: Kuschke, Wolfram

SPD Hellwig, Helmut Kever-Henseler, Annelie Klaps, Hans Kuschke, Wolfram Niggeloh, Lothar Sohns, Eberhard Wirtz, Heinz Weber, Günter	CDU Engelhardt, Andreas Hegemann, Lothar Philipp, Beatrix Dr. Schrapf, Annemarie Skorzak, Franz von Unger, Hans-Karl
	F.D.P. Dr. Riemer, Horst-Ludwig
	DIE GRÜNEN Dr. Grüber, Katrin

Petitionsausschuß

Vorsitzender: Knipschild, Karl

Stellvertretender Vorsitzender: Rohe, Hans

SPD Garbe, Anne Gorcitza, Gabriele Kann, Charlotte Kern, Hans Kramps, Wilfried Rohe, Hans Schreiber, Friedrich Schnepel, Karl-Heinz Schultheis, Karl Steinkühler, Horst Stevens, Martin Strehl, Klaus Wirth, Gerhard	CDU Hussing, Karin Kampmann, Hermann Knipschild, Karl Meulenbergh, Karl Pangels, Franz-Josef Siepenkothen, Anne-Hanne Strothmann, Karl Ernst Wegener, Karl Wischemann, Bärbel
	F.D.P. Meyer, Friedel Larisika-Ulmke, Dagmar
	DIE GRÜNEN Martsch, Siegfried

Rechtsausschuß

Vorsitzender: Schreiber, Friedrich

Stellvertretende Vorsitzende: Robels-Fröhlich, Marlis

SPD Drese, Wolfgang Dr. Haak, Dieter Lucas, Manfred Mayer, Manfred-Ludwig Morawietz, Marie-Luise Reinhard, Egbert Rauterkus, Marita Schreiber, Friedrich	CDU Diegel, Helmut Dr. Hahn, Rolf Dr. Klose, Hans-Ulrich Paus, Heinz Robels-Fröhlich, Marlis
	F.D.P. Lanfermann, Heinz
	DIE GRÜNEN Appel, Roland

Ausschuß für Schule und Weiterbildung

Vorsitzender: Frey, Hans

Stellvertretende Vorsitzende: Woldering, Marie-Luise

SPD Brülle, Karl-Heinz Dr. Dammeyer, Manfred Degen, Manfred Fischer, Birgit Frey, Hans Heidtmann, Herbert Hilgers, Heinz Kever-Henseler, Anna-Magdalena Meyer-Schiffer, Gisela Pazdziora-Merk, Jarka Schaufuß, Jürgen Speth, Brigitte	CDU Giltjes, Norbert Dr. Horn, Hans Kuhmichel, Manfred Matthäus, Hildegard Philipp, Beatrix Reinhardt, Gudrun Reul, Herbert Wischemann, Bärbel Woldering, Marie-Luise
	F.D.P. Reichel, Andreas
	DIE GRÜNEN Schumann, Brigitte

Sportausschuß

Vorsitzender: Rohe, Hans

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Klimke, Reiner

SPD Alt-Küppers, Hans Berger, Heidemarie Braun, Manfred Champignon, Bodo Herder, Uwe Kann, Charlotte Dr. Kraft, Hans Moron, Edgar Rohe, Hans	CDU Jäcker, Horst Dr. Klimke, Reiner Kuckart, Leonhard van Schewick, Heinz-Helmich Siepenkothen, Anne-Hanne Stallmann, Klaus
	F.D.P. Ruppert, Michael
	DIE GRÜNEN Mai, Gerhard

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

Vorsitzender: Pfänder, Erwin

Stellvertretender Vorsitzender: Jaeger, Wolfgang

SPD Boulboullé, Carla Drese, Wolfgang Henning, Horst Hunger, Heinz Kramps, Wilfried Pfänder, Erwin Retz, Adolf Schumacher, Robert Schultz, Volkmar Werthmann, Ellen Wirth, Gerhard Wolf, Gerd-Peter	CDU Balke, Franz-Josef Brüning, Hannelore Decking-Schwill, Brunhild Jäcker, Horst Jaeger, Wolfgang Püll, Franz Riscop, Franz Völker, Klaus-Dieter Zellnig, Siegfried
	F.D.P. Kuhl, Hans-Joachim
	DIE GRÜNEN Nacken, Gisela

Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

Vorsitzender: Stump, Werner

Stellvertretender Vorsitzender: Gorlas, Johannes

SPD Alt-Küppers, Hans Dr. Brunemeier, Bernd Flessenkemper, Bernd Gorcitza, Gabriele Gorlas, Johannes Hovest, Ludgerus Jankowski, Siegfried Dr. Kasperek, Bernhard Pflug, Johannes Reinecke, Donata Sieg, Gunther Strehl, Klaus	CDU Krieger, Rolf Kruse, Heinrich Linlar, Hans Peter Dr. Lorenz, Andreas Pangels, Franz-Josef Dr. Schrapf, Annemarie Schumacher, Werner Stump, Werner
	F.D.P. Kuhl, Hans-Joachim
	DIE GRÜNEN Mai, Gerhard

Verkehrsausschuß

Vorsitzender: Jaax, Hans

Stellvertretende Vorsitzende: Thomann-Stahl, Marianne

SPD Aigner, Georg Böse, Karl Braun, Manfred Hemmer, Manfred Herder, Uwe Hunger, Heinz Jaax, Hans Kann, Charlotte Mayer, Manfred-Ludwig Moritz, Hans-Dieter Weber, Günther Wolf, Gerd-Peter	CDU Böckelmann, Petra Dreyer, Heinrich Harbich, Helmut Hardt, Heinz Kampmann, Hermann Langen, Günter van Schewick, Hans-Helmich Strothmann, Karl Ernst Wächter, Gerhard
	F.D.P. Thomann-Stahl, Marianne
	DIE GRÜNEN Nacken, Gisela

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorsitzender: Dr. Schwericke, Jürgen

Stellvertretender Vorsitzender: Mernizka, Loke

SPD Apostel, Rudolf Bruckschen, Manfred Gießelmann, Helga Hombach, Bodo Kupski, Helmut Mernizka, Loke Poulheim, Bernd Rusche, Karl-Heinz Schmid, Irmgard Sommerfeld, Horst Stüber, Ernst-Otto Vorpeil, Hans	CDU Brüning, Hannelore Kollorz, Friedrich Meyer, Laurenz Püll, Franz Schumacher, Werner Dr. Schwericke, Jürgen Skorzak, Franz von Unger, Hans-Karl
	F.D.P. Tschöeltsch, Hagen
	DIE GRÜNEN Dr. Busch, Manfred

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Vorsitzender: Schultz-Tornau, Joachim

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Vesper, Michael

SPD Apostel, Rudolf Böcker, Manfred Fischer, Birgit Kessel, Dietrich Dr. Kraft, Hans Pflug, Johannes Reinecke, Donata Retz, Adolf Schultheis, Karl Thulke, Jürgen	CDU Böckelmann, Petra Heinemann, Manfred Mohr, Paul Kuhmichel, Manfred Dr. Lorenz, Andreas Prof. Dr. Posdorf, Horst Dr. Twenhöven, Georg
	F.D.P. Schultz-Tornau, Joachim
	DIE GRÜNEN Dr. Vesper, Michael

F.D.P. wählte stellvertretende Fraktionsvorsitzende

In einer Sitzung der F.D.P.-Landtagsfraktion am 6. Juni 1990 wurden als neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Horst-Ludwig Riemer (Düsseldorf) und Marianne Thomann-Stahl (Paderborn) gewählt. In der konstituierenden Sitzung hatte die F.D.P.-Fraktion bereits Dr. Achim Rohde zum Vorsitzenden und Hagen Tschoeltsch zum parlamentarischen Geschäftsführer gewählt.

Damit hat sich der Vorstand der F.D.P.-Landtagsfraktion komplettiert. Die Bildreihe zeigt von links nach rechts den Vorsitzenden Dr. Rohde, die stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Riemer und Frau Thomann-Stahl sowie den Parlamentarischen Geschäftsführer Tschoeltsch. Fotos: Schüler



Aufhebung der Immunität von Abgeordneten

Der Landtag hat auf Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, der F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN die Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Landtags unter bestimmten Voraussetzungen beschlossen.

Danach genehmigt das Landesparlament bis zum Ablauf der 11. Wahlperiode die Durchführung von Verfahren gegen Abgeordnete wegen Straftaten, Dienstvergehen oder als Dienstvergehen geltende Handlungen sowie wegen der Verletzung von Berufs- und Standespflichten, es sei denn, daß es sich um Beleidigungen politischen Charakters handelt. Ferner kann die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis und der Vollzug von angeordneten Durchsuchungen oder Beschlagnahmen genehmigt werden,

soweit dies zur Sicherung von Beweisen unbedingt geboten ist.

Die beschlossene Genehmigung des Landtags umfaßt unter anderem nicht die Erhebung der öffentlichen Klage wegen einer Straftat und den Antrag auf Erlass eines Strafbefehls. Die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer Erziehungshaft bedürfen der Genehmigung des Landtags. Das Recht des Landtags, die Aufhebung eines Verfahrens zu verlangen, bleibt unberührt.

Computervirus infiziert Disketten

Eine Informationssammlung über die Lehrangebote und Forschungsschwerpunkte an den nordrhein-westfälischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in englischer Sprache für ausländische Studierende und Graduierte wird gegenwärtig in Form einer Datei als elektronischer „Catalogue of

Advanced Education and Research“ (AE + R) erstellt. Bisher haben sich rund 1500 Hochschulangehörige über elektronische Datenträger an der Erstellung des Katalogs beteiligt und ihre Daten über Disketten zur Verfügung gestellt. Ein Drittel der Disketten sind erfaßt. Sie wurden vor dem Versand an die Hochschulangehörigen, vermutlich in der Kopieranstalt, mit einem Computervirus infiziert. Für die Beseitigung der Viren benötigen Fachleute in den Hochschulen etwa

eine halbe Stunde. Die Überprüfung der kopierten Disketten auf Virenbefall ist Bestandteil des Kopierauftrages. Diese Prüfung reicht allein offensichtlich nicht aus. Künftig sollen die kopierten Disketten vor dem Versand nochmals untersucht werden, um einen Virenbefall weitgehend auszuschließen. Das teilt die Landesregierung auf eine SPD-Anfrage im Landtag mit. Sie weist darauf, daß ein gewisses Risiko jedoch immer gegeben bleibe.

Erste Wahlen: Vom Ältestenrat bis zum Petitionsausschuß

Der Landtag hat auf Vorschlag der vier Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN die Zahl der Mitglieder des Ältestenrats bestimmt. Auf die SPD entfallen acht, auf die CDU fünf und auf die F.D.P. sowie DIE GRÜNEN je ein Mitglied. Zusätzlich sollen an den Sitzungen des Ältestenrats die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN mit beratender Stimme teilnehmen. Stimmrecht ist bei der Fraktion der F.D.P. der Fraktionsvorsitzende und bei der Fraktion DIE GRÜNEN die Sprecherin der Fraktion bzw. der benannte Vertreter.

Dem Ältestenrat gehören als Ordentliche Mitglieder an: für die SPD Dr. Manfred Dammeier, Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, Reinhard Grätz, Franz-Josef Kniola, Volkmar Schultz, Brigitte Speth, Reinhold Trinius, Gerhard Wendzinski; für die CDU Heinz Hardt, Dr. Helmut Linssen, Dr. Ottmar Pohl, Herbert Reul und Hartmut Schauerte; für die F.D.P. Dr. Achim Rohde, Hagen Tschoeltsch (beratendes Mitglied); für DIE GRÜNEN Dr. Michael Vesper und Bärbel Höhn (beratendes Mitglied). Über die Wahl der Schriftführer berichtete „Landtag intern“ bereits in der letzten Ausgabe. Das Landesparlament hat ferner auf seiner ersten Sitzung in der 11. Legislaturperiode

einen ständigen Ausschuß gemäß Artikel 40 der Landesverfassung bestellt, der aus 19 Mitgliedern besteht. Ihm gehören der Präsident des Landtags, die Vizepräsidenten sowie folgende Abgeordnete als Ordentliche Mitglieder an: für die SPD Dr. Manfred Dammeier, Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, Reinhard Grätz, Franz-Josef Kniola, Volkmar Schultz, Brigitte Speth, Reinhold Trinius und Gerhard Wendzinski; für die CDU Heinz Hardt, Ruth Hieronymi, Leonhard Kuckart, Dr. Helmut Linssen und Heinz Paus; für die F.D.P. Dr. Achim Rohde und für DIE GRÜNEN Bärbel Höhn.

Dem aus 15 Mitgliedern bestehenden Prüfungsausschuß gehören laut Beschluß des Landtags folgende Abgeordnete als Ordentliche Mitglieder an: für die SPD Vera Dedanwala, Charlotte Kann, Loke Mernizka, Egbert Reinhard, Hans Rohe, Friedrich Schreiber, Gerhard Wendzinski und Reinhard Wilmbusse; für die CDU Hannelore Brüning, Heinrich Dreyer, Manfred Kuhmichel, Walter Neuhaus und Hartmut Schauerte; für die F.D.P. Hagen Tschoeltsch und für DIE GRÜNEN Dr. Michael Vesper.

Bei der konstituierenden Sitzung bestellte der Landtag abschließend auf Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. ein Gre-

mium nach Paragraph 8 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen. Ihm gehören als Ordentliche Mitglieder an: für die SPD Jürgen Büssow, Professor Dr. Friedhelm Farthmann und Egbert Reinhard; für die CDU Dr. Hans-Ulrich Klose und Heinz Paus und für die F.D.P. Rudolf Wickel.

Beisitzer für den Landeswahlausschuß

Der Landtag hat auf Wahlvorschlag aller Fraktionen die Beisitzer für den Landeswahlausschuß gewählt. Es sind Professor Dr. Friedhelm Farthmann, Volkmar Schultz, Robert Schumacher, Brigitte Speth und Gerhard Wendzinski (alle SPD) sowie deren Vertreter Dr. Manfred Dammeier, Marie-Luise Morawitz, Egbert Reinhard, Irmgard Schmid und Ernst-Otto Stüber, die CDU-Abgeordnete Helmut Diegel, Heinz Hardt und Heinz Paus mit den Vertretern Marie-Theresia Opladen, Beatrix Philipp und Dr. Ottmar Pohl, der F.D.P.-Abgeordnete Hagen Tschoeltsch mit seinem Vertreter Wolfram Dorn sowie als Beisitzer für DIE GRÜNEN Dr. Michael Vesper mit Beate Scheffler als Vertreterin.

Vorläufer, Vorbilder und Entstehung der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen stellt eine Ausstellung im Düsseldorfer Landtag vor. Anlaß der Ausstellung, die, vom Hauptstaatsarchiv konzipiert, bis Ende Juni 1990 in der Eingangshalle des Landtagsgebäudes präsentiert wird, ist die Verabschiedung der Landesverfassung vor 40 Jahren.

Vor vier Jahrzehnten verabschiedete nach fast vierjähriger Diskussion der Landtag Nordrhein-Westfalen am 6. Juni 1950 in dritter Lesung die Landesverfassung. Im anschließenden Volksentscheid am 18. Juni 1950 wurde die Verfassung angenommen und trat am 11. Juli 1950 in Kraft. Damit hatte das Bundesland Nordrhein-Westfalen seine Eigenständigkeit und seine Staatlichkeit innerhalb der föderativen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland unterstrichen. Dem demokratischen Neubeginn war nun auch in Nordrhein-Westfalen ein verfassungsrechtliches Fundament gegeben.

Erhaltene Wertebasis

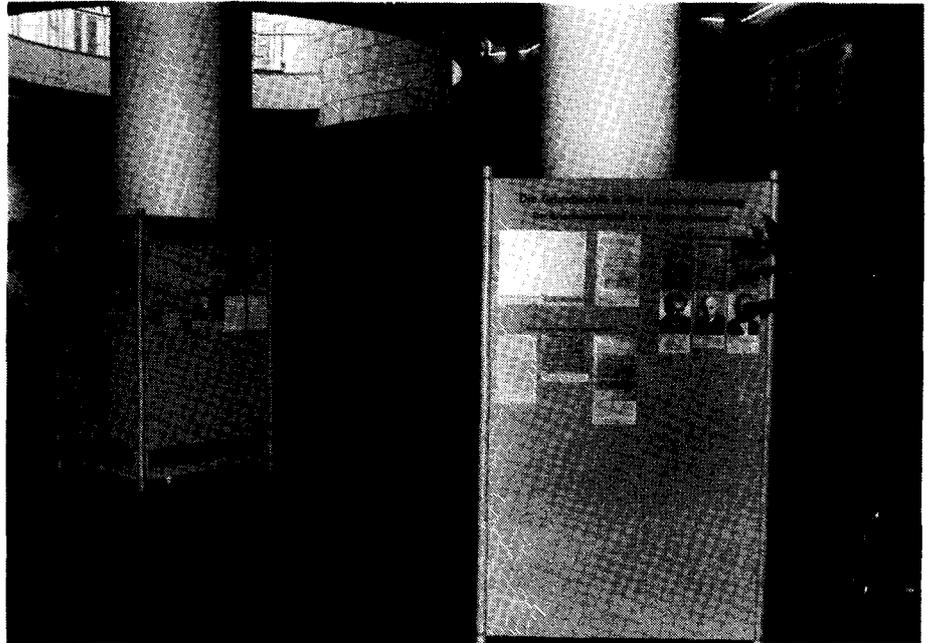
Trotz schwerer Auseinandersetzungen bei ihrer Verabschiedung war die Landesverfassung stets von einem starken Grundkonsens getragen. Sie ist von dem Bewußtsein der gemeinsamen Aufgabe und Verantwortung bestimmt, „die Not der Gegenwart in gemeinschaftlicher Arbeit zu überwinden, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu schaffen“, wie es in ihrer Präambel heißt. Mit der Verbindung von Vorstellungen der christlichen Soziallehre, des demokratischen Sozialismus und des Liberalismus hat der Staat den Verfassungsauftrag erhalten, nicht nur die persönliche und politische Freiheit des einzelnen zu garantieren, sondern darüber hinaus auch für den Aufbau einer gerechten Sozial- und Wirtschaftsordnung im Dienste der arbeitenden Menschen zu sorgen. Dies ist auch heute noch Richtschnur für das politische Handeln. Die Wertebasis hat sich in vierzig Jahren erhalten und bewährt.

Dementsprechend stellt die Ausstellung die Verfassung des Landes als eine den gesellschaftlichen Wandel überdauernde Institution dar. Sie gibt Anlaß zu kritischer Besinnung auf die Grundlage parlamentarischer Demokratie und erinnert voller Respekt an jene Männer und Frauen, die diese Verfassung nach 1945 erarbeitet und niedergeschrieben haben.

In diesen Zusammenhang ist auch der dritte Band aus der Schriftenreihe des Landtags gestellt, der unter dem Titel „Kontinuität und Wandel. 40 Jahre Landesverfassung Nordrhein-Westfalen“ ebenfalls anlässlich des Verfassungsjubiläums in diesen Tagen vorgelegt wird. Ziel der Ausstellung und der Publikation laufen darauf hinaus, das Vertrauen in die freiheitliche Verfassung zu stärken, zur Übernahme politischer Verantwortung zu ermutigen und das Landesbewußtsein zu festigen.

Vor 40 Jahren Verabschiedung – Eine Ausstellung

Landesverfassung Nordrhein-Westfalen trotz schwerer Auseinandersetzungen von starkem Grundkonsens getragen



In der Eingangshalle des Landtags zeigt die Ausstellung auf Stellwänden Abbildungen und Belege, die von Vorläufern heutiger Verfassungen, den Grundgesetzen rheinisch-westfälischer Territorialstaaten, bis zu Schriftstücken und Aufrufen der modernen Verfassungsgeschichte reichen.

Foto: Schüler



Polizei-Lob für Rheinsegler

Sehr anerkennend äußerte sich die nordrhein-westfälische Wasserschutzpolizei über die Zusammenarbeit mit den Rheinseglern nach deren traditioneller Pfingstregatta auf dem Rhein von Koblenz bis Düsseldorf: Die Organisation im Vorfeld und die umsichtige Durchführung durch den Ausrichter (Yachtclub Mittelrhein, Bad Godesberg) hätten optimale Rahmenbedingungen für eine solche Großveranstaltung geschaffen. Seglerinnen und Segler aus 32 Vereinen, darunter ein DDR-Boot, waren an drei Tagen in fünf Wettfahrten bei ausgezeichnetem, teils sogar stürmischem Wind mehr als 150 Rheinkilometer um die Wette gesegelt. Für die Regatta mußte die Erlaubnis der Wasserstraßenverwaltung (kostenpflichtig) eingeholt werden. Jeweils drei Boote der NRW-Wasserschutzpolizei (siehe Foto) sowie Begleitboote der DLRG und der Vereine sicherten den Verkehr auf dem Rhein. Überwiegend „friedlich“ wurden die Begegnungen mit der Großschifffahrt abgewickelt.

Foto: Rakoczy

Petitionsausschuß konnte nicht mehr helfen Kindesentführung: Lehrstück für Polizei

Die Entführung ihrer beiden fünf und sieben Jahre alten Kinder in den Iran durch den Vater nicht verhindert zu haben, warf eine von ihrem Ehemann getrennt lebende Frau aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf Polizeibehörden und Staatsanwaltschaft vor. Bei der Beurteilung ihrer Dienstaufsichtsbeschwerde räumte der Regierungspräsident Mängel bei der polizeilichen Behandlung des Falles ein. Aber: Ob eine einwandfreie Bearbeitung die Kindesentziehung durch den Ehemann und die Verbringung in den Iran hätte verhindern können, bezweifelte auch der Petitionsausschuß, an den sich die leidgeprüfte Frau gewandt hatte, um „Arroganz und Desinteresse“ der Behörden aufzudecken.

„Ich fühle mich und die Kinder von staatlicher Seite im eigenen Land im Stich gelassen“, hatte Frau B. vor dem Jugendamt geäußert, nachdem Anfang August 1988 ihr persischer Ehemann die beiden Kinder in den Iran entführt hatte. Sie hatte zuvor mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, dies zu verhindern. Denn zehn Monate vorher hatte der Mann die Kinder schon einmal mit in den Iran genommen und von Teheran aus die Zurücknahme des von der Frau eingereichten Scheidungsantrags verlangt, im Falle der von der Frau beantragten Scheidung das Sorgerecht für die beiden Kinder zugesprochen zu bekommen. Zum Schein ging Frau B. darauf ein, um ihre Kinder wiederzusehen, und erstattete Strafanzeige gegen ihren Mann mit dem Ziel, ihn nach der Rückkehr festnehmen zu lassen. „Nichts in dieser Richtung geschah!“ Nach der Rückkehr des Mannes mit den Kindern ließ sich Frau B. unter seinem Druck und Morddrohungen auf Anraten des Jugendamts vielmehr auf großzügige Besuchsregelungen für den Vater ein. Gleichzeitig wandte sie sich an Justiz- und Polizeibehörden, die ihr bei einem neuerlichen Entführungsversuch helfen sollten. Im Dezember 1987 wurde ihr wegen der erneut drohenden Kindesentziehung das alleinige Sorgerecht für beide Kinder zugesprochen. Doch am 3. August 1988 verließ der Vater via Flugzeug erneut mit den beiden Kindern die Heimat. In der Nacht wandte sich Frau B. an die Polizei, die jedoch nur nach einem vermutlich benutzten PKW fahndete. Erst am nächsten Morgen wurde eine Strafan-

zeige wegen Kindesentziehung aufgenommen. Eine bundesweite Fahndung wurde erst am 5. August eingeleitet. Zwei Tage später rief der Mann aus dem Iran an und teilte mit, daß er mit den Kindern bereits am 3. August ausgereist sei und dort zu bleiben gedenke.

Es war also alles zu spät. Auch ein Jahr danach befanden sich die Kinder noch bei ihrem Vater. Trotz intensiver Bemühungen konnte auch der Petitionsausschuß keinen Weg finden, die Rückkehr der Kinder zu ermöglichen. Die Dienstaufsichtsbeschwerde wegen „Begünstigung der Verschleppung“ ergab eine falsche Beurteilung der Lage durch den Wachhabenden der örtlichen Polizeistation am 3. August 1988. „Weitergehende Fahndungsmaßnahmen“ hätten ergriffen werden müssen.

Frau B. wollte damit erreichen, daß wenigstens „Frauen und Kindern, denen ein ähnliches Schicksal bevorsteht“, rechtzeitig geholfen werden könne. Auf ihren Fragenkatalog, wie deutsche Behörden bei Kindesentführungen ins Ausland wirkungsvoll eingreifen können, erhielt sie ausführliche Antworten, die jedoch Betroffene nicht besonders hoffnungsvoll stimmen dürften: „Da der Ehemann nach iranischem Recht vermutlich nicht unkorrekt gehandelt hat ..., ist nicht zu erwarten, daß eine deutsche Staatsangehörige in dieser Hinsicht Unterstützung durch iranische Behörden erhält.“ Der Regierungspräsident ersuchte jedoch die Kreispolizei, den Sachverhalt im Dienstunterricht aufzuarbeiten und die Beamten über ihre Aufgaben und Dienstpflichten zu belehren.

Ausländer-Petition Letzte Chance für Sexualtäter

Manche Eingaben an den Petitionsausschuß erreichen Grenzen der Toleranz, die nicht nur für den Normalbürger, sondern auch für Behörden und Parlamentarier schwer zu ertragen sind. Im nachstehenden Fall sollte ein 42-jähriger Türke ausgewiesen werden, der mehrfach, unter anderem wegen sexueller Nötigung, vorbestraft und als rückfällig anzusehen war. Dennoch wurde ihm, nicht zuletzt mit Rücksicht auf seine Frau und in Deutschland geborene Kinder, eine letzte Chance gegeben und von der Abschiebung nach der verbüßten Haft vorerst abgesehen.

„Ich bin ... in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf wegen versuchter sexueller Nötigung zu einer Freiheitsstrafe von 21 Monaten verurteilt worden. Meine Tochter schied — meiner Verurteilung wegen — durch Freitod aus dem Leben. Sie hinterließ ein sechs Monate altes Kind, das von meiner Frau versorgt wird.“ So schrieb der türkische Strafgefangene an den Petitionsausschuß und bat um Aussetzung der Abschiebung nach Haftverbüßung: „Denn ich liebe meine Frau und meine drei Kinder sehr und bin ohne sie nichts und fühle mich nutzlos und hilflos.“ Die Haft habe ihn demütig gemacht, er glaube an die Gnade Gottes und hoffe auf Unterstützung durch „Sie als Christenmenschen“.

Während der Bittsteller seine Strafe im Gefängnis verbüßte, legte ein Rechtsanwalt in seinem Namen Widerspruch gegen die anschließende Abschiebung ein, der abschließende Wirkung erzielte, vor allem wegen seiner Kinder und läuternder Wirkung der 14monatigen Haft. Nach positiver Stellungnahme des Innenministeriums empfahl der Petitionsausschuß dem zuständigen Regierungspräsidenten, „dafür Sorge zu tragen, daß von einer Ausweisung des Petenten noch einmal abgesehen wird“.

Kurzer Rückblick auf eine lange Zeit im Parlament



Bei einem Empfang für die scheidenden Abgeordneten noch vor der konstituierenden Sitzung des Landtags stellten sich (im linken Bild) Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) mit seinem CDU-Kollegen Helmut Elfiring dem Fotografen zu einem Erinnerungsfoto. Beide zählten in der 10. Legislaturperiode zu den dienstältesten Abgeordneten. Rau, der alte und neue Regierungschef, gehört dem Landtag inzwischen 32 Jahre an. Elfiring war 28 Jahre Mitglied des Parlaments. — Ihren Abschied nahmen auch der ehemalige Finanzminister des Landes, Dr. Diether Posser (SPD, im rechten Bild links) sowie seine CDU-Kollegen Franz Riehemann (Mitte), der langjährige Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle, sowie Toni Schröder (rechts). Posser und Riehemann zählten 23 Jahre zu den Mitgliedern des Landtags. Toni Schröder war zehn Jahre lang Abgeordneter.

Fotos: Schüler

SPD-Fraktion

Lackmustest für die Glaubwürdigkeit der CDU

Die CDU hat nach Auffassung der SPD-Fraktion ihren bildungspolitischen Offenbarungseid geleistet. Ihr Eingeständnis, daß nicht die Politik, sondern einzig und allein der Elternwille über Fortbestand oder Schließung zum Beispiel von Hauptschulen entscheide, haben deutlich gemacht, daß sie voll auf die Linie der SPD eingeschwenkt sei. Mittlerweile räume die CDU sogar der bisher von ihr stets bekämpften Gesamtschule eine Chance ein. Wenn die CDU-Landtagsfraktion schon

bereit sei, in Sack und Asche zu gehen, solle sie auch ihren guten Willen unter Beweis stellen. Das Land stehe vor wichtigen Umstrukturierungen in der Bildungspolitik, erinnerte die SPD-Fraktion an die geplante Neuordnung des Schulwesens. Falls die Union es wirklich ernst meine, sei sie eingeladen, sich daran konstruktiv zu beteiligen. Das werde der Lackmustest für die jetzt öffentlich demonstrierte Reue der CDU-Landtagsfraktion sein.

★

Der Staatsvertrag mit der DDR ist nach Auffassung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, ein erster Schritt, aber noch keinesfalls die Lösung der mit der deutschen Einheit verbundenen gewaltigen Aufgaben.

Farthmann betonte, daß der Staatsvertrag trotz seiner vielen Fehler und Nachteile wirksam werden müsse, weil sonst das völlige Chaos entstünde. Bei der Diskussion darüber müsse aber eine völlig neue Dimension eingeführt werden. Der Staatsvertrag sei so angelegt, als ob die ganze Operation der deutschen Einheit aus laufenden Haushaltsmitteln und ein paar zusätzlichen Darlehens-Milliarden bezahlt werden könnte. „Man kann im Rahmen des Einigungsprozesses ganz sicher einiges über Kredite finanzieren“, räumte Farthmann ein. Aber es solle keiner meinen, daß es damit schon gelaufen wäre. Das ganze sei nur finanzierbar, wenn es gelinge, auf breiter Front den privaten Reichtum zugunsten der Hilfe für die DDR zurückzuschrauben.

CDU-Fraktion

Wirtschaftsboom sorgt für mehr Steuereinnahmen

Die Steuerquellen werden auch in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen weiter kräftig sprudeln. Dies, so erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Schauerte, ist das Ergebnis des unabhängigen Arbeitskreises Steuerschätzungen von Mitte Mai dieses Jahres. Schauerte: „Unter Zugrundelegung einer Zunahme des nominalen Brutto-Sozialprodukts um sieben Prozent im Jahre 1990, um 6,5 Prozent im Jahre 1991 und um je 5,5

Prozent in den Jahren 1992 bis 1994 ermittelte der Arbeitskreis Steuerschätzungen für die Länder jährliche deutliche Steigerungsraten von bis zu 7,6 Prozent.“

Danach seien, so Schauerte weiter, für das Land Nordrhein-Westfalen folgende Steuereinnahmen zu erwarten:

1990 52,9 Mrd. Mark, 1991 56,8 Mrd. Mark, 1992 61,0 Mrd. Mark, 1993 65,2 Mrd. Mark, 1994 69,8 Mrd. Mark. Für die Jahre 1990 bis 1993 — die aktuelle Finanzplanung der Landesregierung erfaßt noch nicht das Jahr 1994 — sei somit gegenüber der Schätzung der Landesregierung ein Mehr von 21,4 Mrd. Mark an Steuern zu erwarten.

Schauerte: „Auch die Gemeinden des Landes werden am wirtschaftlichen Aufschwung teilnehmen. Für sie weist das

Schätzergebnis jährliche Zuwachsraten von bis zu 6,9 Prozent aus. Darüber hinaus profitieren die Gemeinden über den Steuerverbund im Rahmen des jährlichen Finanzausgleichs an den erhöhten Steuereinnahmen. Sie erhalten in den Jahren 1990 bis 1993 rd. 4,3 Mrd. Mark mehr als bisher nach den Zahlen der Landesregierung erwartet werden konnte.“

Schauerte betonte, daß sowohl das Land NW als auch seine Gemeinden nach diesen Zahlen spielend in der Lage seien, die auf sie entfallenden finanziellen Lasten zu tragen, die mit der deutschen Einheit verbunden seien. „Was die Landesregierung diesbezüglich bekanntgemacht hat, erweist sich wieder einmal als Horrorgemälde“, erklärte der CDU-Abgeordnete.

F.D.P.-Fraktion

Aufgaben neu verteilt

Die F.D.P.-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Neuer und alter Fraktionsvorsitzender ist Dr. Achim Rohde. Auch Hagen Tschoeltsch, Parlamentarischer Geschäftsführer, wurde in seinem Amt bestätigt. Als neue Stellvertreter des Vorsitzenden wurden gewählt: Dr. Horst-Ludwig Riemer und Marianne Thomann-Stahl. F.D.P.-Sprecher in den Ausschüssen wurden:

Arbeit, Gesundheit und Soziales — Heinz Lanfermann

Frauen — Ruth Witteler-Koch

Grubensicherheit — Friedel Meyer

Hauptausschuß — Dr. Achim Rohde

Haushalt und Finanzen — Rudolf Wickel

Haushaltskontrolle — Dr. Horst-Ludwig Riemer

Innere Verwaltung — Dagmar Larisika-Ulmke

Kinder, Jugend und Familie — Ruth Witteler-Koch

Kommunalpolitik — Michael Ruppert

Kultur — Wolfram Dorn

Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz — Friedel Meyer

Mensch und Technik — Dr. Horst-Ludwig Riemer

Petitionen — Friedel Meyer

Recht — Heinz Lanfermann

Schule — Andreas Reichel

Sport — Michael Ruppert

Städtebau und Wohnungswesen — Hans-Joachim Kuhl

Umweltschutz und Raumordnung — Hans-Joachim Kuhl

Verkehr — Marianne Thomann-Stahl

Wirtschaft — Hagen Tschoeltsch

Wissenschaft und Forschung — Joachim Schultz-Tornau

Im Ältestenrat des Landtages vertreten Dr. Achim Rohde und Hagen Tschoeltsch die Interessen der Fraktion.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Neu im Landtag: DIE GRÜNEN

Am 13. Mai wurde eine vierte Fraktion in den Landtag gewählt: DIE GRÜNEN.

Die sechs Frauen und sechs Männer haben sich viel vorgenommen. Sie wollen Oppositionspolitik aus ökologischer und sozialer Sicht machen.

Schon die konstituierende Sitzung des Parlaments zeigte neue Aspekte. Mit Tretmobilen und einer Samba-Gruppe waren die Grünen ParlamentarierInnen zum Landtag gezogen. Im Plenarsaal selbst verteilten sie Petunien an die anderen Abgeordneten. So

gab es ein grünes, buntes Bild inmitten der dunklen Anzüge der anderen Fraktionen.

Doch auch inhaltlich wurden Unterschiede deutlich. Hatten sich bisher ParlamentarierInnenenerationen mit der Formel vereidigen lassen, „jedermann“ in Frieden zu dienen, so bedurfte es diesmal einer ganzen Stunde Diskussion im Ältestenrat, um die anderen Fraktionen davon zu überzeugen, daß „jedermann“ durch „jeder Mensch“ zu ersetzen sei. Frauen lassen sich eben nicht mehr unter „jedermann“ subsumieren.

Der erste Antrag der GRÜNEN beschäftigte sich mit der Dioxinproblematik in Remscheid. Im Dezember 1988 war dort ein militärisches Flugzeug abgestürzt. Seitdem treten ominöse Hautkrankheiten bei den BewohnerInnen des Absturzgebietes auf. Die Betroffenen kämpfen dort gegen die

Behörden für ihre Rechte auf umfassende Information und für befriedigende ärztliche Untersuchungen. In ihren Gärten sind hohe Dioxinorkommen gefunden worden. Erst ein halbes Jahr nach dem Vorliegen dieser Ergebnisse wurden die BewohnerInnen gewarnt und auf Gefahren hingewiesen. Die eingesetzte Expertenkommission, bestehend aus Vertretern von drei Landesämtern, fünf Universitäten und zwei Landesministerien, machte bei der ganzen Sache eine äußerst zweifelhafte Figur.

Es zeigt sich schon jetzt: es gibt viel für DIE GRÜNEN zu tun.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.



Friedrich Halstenberg

Staatsminister a. D. Friedrich Halstenberg wurde 70 Jahre

Professor Dr. Friedrich Halstenberg (SPD), von 1972 bis 1980 Abgeordneter des Landtags, hat am 12. Juni seinen 70. Geburtstag begangen. Halstenberg war unter Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) von 1966 bis 1972 Chef der Staatskanzlei, danach Minister für Bundesangelegenheiten bis 1975, wobei er die Amtsführung in der Staatskanzlei behielt. 1975 wurde er zum Finanzminister berufen. Professor Halstenberg stammt aus Werfen bei Herford. Der Jurist begann beim Deutschen Städtetag, wurde Honorarprofessor mit Lehrauftrag an der Technischen Universität Hannover. Von 1962 bis 1965 war er als Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung Städtebau und Raumordnung im Bundeswohnungsbauministerium tätig. 1965 berief ihn der damalige Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk zu seinem Verbandsdirektor, ehe ihn Heinz Kühn nach Düsseldorf holte. Der SPD gehört der Jubilar, Vater von fünf Kindern, seit 1964 an.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04
und 8 84 25 45, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher, und Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

Die Frage, ob sie sich als Feministin verstehe, beantwortet Ilse Ridder-Melchers ungenau: Eine Radikalfeministin sei sie nicht. Doch man tut der bisherigen parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann und neuen Ministerin wohl auch kein Unrecht, wenn man festhält, daß sie nicht nur keine Radikalfeministin — was immer das sei —, sondern auch keine ganz gewöhnliche Feministin ist. Es ist auch schwer vorstellbar, daß Johannes Rau einer Feministin zu Staatssekretärs- oder gar Ministerin-Ehren verhilft. So weit ist die Frauenförderung hierzulande noch nicht gediehen, galt es lange Jahre doch als völlig natürlich, daß ein Mann den Frauenbeauftragten der Düsseldorfer Landesregierung mittle.

Seit dem 2. Mai 1986 ist das Vergangene. An jenem Tag wurde die sozialdemokratische Politikerin aus dem westfälischen Coesfeld die erste parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann in Nordrhein-Westfalen. „Meine Aufgabe ist es, partiell für Frauen zu sein“, beschreibt Ridder-Melchers ihre nun schon vierjährige Tätigkeit in der neugeschaffenen Position. Und um noch einmal zu den Feministinnen zurückzukommen: Mit denen komme sie gut aus, glaubt sie feststellen zu können. In den Kreisen der autonomen Frauenbewegung werde anerkannt, daß sie — beispielsweise — für die finanzielle Förderung der Frauenhäuser nicht müde werde zu streiten, wohl wissend, daß die Forderungen auch auf diesem Gebiet nie völlig zur Zufriedenheit der Fordernden erfüllt werden können. Aber guter Wille und Engagement und so mancher kleine Erfolg werden der Staatssekretärin von den autonomen Frauen nicht abgesprochen. Und wer diese Szene etwas kennt, der weiß, daß dies nicht wenig ist.

Ilse Ridder-Melchers hatte auch deshalb gute Aussichten, die erste Frauenministerin in Nordrhein-Westfalen zu werden. Sie selbst wies eine solche Möglichkeit zwar händehend zurück, um den Ministerpräsidenten nicht zu verärgern, der es nicht gern hat, wenn über Kabinettsposten öffentlich geredet wird, ehe er sie verteilt hat. Doch Johannes Rau ist bei den Frauen im Wort. Er hatte in der Vergangenheit mehrfach versprochen, den für eine sozialdemokratische Landesregierung bislang skandalös niedrigen Frauenanteil in seinem Kabinett nach der Landtagswahl zu erhöhen und — auch — ein Frauenministerium zu schaffen.

An der bisherigen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann kam Rau dabei kaum vorbei. Und das um so weniger, weil vom Ministerpräsidenten kein einziges kritisches Wort über die bisherige Arbeit der Staatssekretärin bekannt geworden war. Ihr ruhiges Naturell, allen lauten und schrillen Tönen abhold, kam Rau dabei sehr entgegen. Dabei hätte Ilse Ridder-Melchers in der Vergangenheit oft genug Gelegenheit gehabt, mit der Faust auf den Tisch zu hauen. Denn die Coesfelder Mutter von zwei Söhnen, die sich in die Kommunalpolitik stürzte, als die Kinder — wie es so schön heißt — aus dem Gröbsten heraus waren, ist seit 1982 auch Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Nordrhein-Westfalen. Und da war es schon bitter für sie, mit ansehen zu müssen, wie die sozialdemokratischen Männer im Vorfeld der Landtagswahl reihenweise sozialdemokratische Frauen bei den Landtagskandidaturen



Ilse Ridder-Melchers (SPD)

abblockten oder mit gänzlich aussichtslosen Wahlkreisen abspeisten. Das Ergebnis dieses männerbeherrschten Postenschachers entlarvte wieder einmal alle Sonntagsreden über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der SPD als Gerede: Als am Wahlsonntag alle Stimmen ausgezählt und alle Mandate verteilt waren, rangierten die Sozialdemokratinnen hinter den Grünen, hinter der F.D.P. und der CDU gemessen am prozentualen Frauenanteil in den Fraktionen auf dem beschämenden letzten Platz. Ridder-Melchers Hinweis, daß die Sozialdemokratinnen in absoluten Zahlen gezählt die größte Frauenmannschaft im Landtag stellen, kann da nur als billiger Trost gewertet werden. Und daß sich die Zahl der Frauen im neuen Landtag fast verdoppelt hat, eine Feststellung, auf die die Staatssekretärin besonderen Wert legt, ist eben zuallerletzt Verdienst der SPD. Ilse Ridder-Melchers zieht aus diesem für die SPD-Frauen deprimierenden Wahlergebnis die Schlußfolgerung, daß das Wahlrecht in Nordrhein-Westfalen geändert werden müsse. Die Entscheidung über die Kandidaturen dürfe nicht länger fast ausschließlich vor Ort gefällt werden, was dann zu solch Verhältnissen wie in Dortmund führte, wo in sechs Wahlkreisen sechs Männer nominiert wurden, sondern auf die Landesebene verlagert werden. Die Landeslisten müssen nach den Überlegungen der Ministerin mehr Gewicht bekommen, um Ungerechtigkeiten und Ungleichgewichtigkeiten — unter denen nicht nur die Frauen leiden — auszugleichen. Aber ob es für solche Wahlrechtsänderungen im Landtag eine Mehrheit gibt, ist eher fraglich. Da bleibt wohl nur die Überzeugungsarbeit in der Partei. „Die Männer müssen es noch lernen“, beschreibt Ilse Ridder-Melchers lapidar die schwere Aufgabe des Machtverzichts, der ja auch immer mit dem Verzicht auf Geld und andere Annehmlichkeiten verbunden ist.

Die Ministerin selbst meint, daß sie in diesen vier Jahren in dem neuen Amt viel gelernt habe. Und in einem Anflug selten hervorgekehrten Selbstbewußtseins fügt sie hinzu: „Ich denke schon, ich war recht erfolgreich.“ Sie möchte diese Arbeit gern weitermachen, möchte auch gern noch einmal als Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauen in Nordrhein-Westfalen wiedergewählt werden. Aber über beide Posten entscheidet nicht sie, entscheiden vielmehr Johannes Rau im ersten und die AsF-Frauen im zweiten Fall. So ist das nun mal in der Politik, die sich Ilse Ridder-Melchers als Beruf ausgesucht hat.

Reinhard Voss

Zur Person

Geburtstagsliste*

vom 1. bis 30. Juni 1990

1. 6. **Manfred Lucas** (SPD), 47 J.
1. 6. **Dr. Herbert Schnoor** (SPD), 63 J.
1. 6. **Ernst Walsken** (SPD), 43 J.
5. 6. **Hermann Kampmann** (CDU), 52 J.
6. 6. **Peter Bensmann** (CDU), 48 J.
7. 6. **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD), 38 J.
10. 6. **Reinhold Trinius** (SPD), 56 J.
13. 6. **Manfred Bruckschen** (SPD), 52 J.
17. 6. **Rudolf Apostel** (SPD), 58 J.
21. 6. **Dr. Helmut Linssen** (CDU), 48 J.
24. 6. **Hermann Heinemann** (SPD), 62 J.
24. 6. **Heinz Hilgers** (SPD), 42 J.
29. 6. **Dr. Rolf Hahn** (CDU), 53 J.
30. 6. **Gunther Sieg** (SPD), 54 J.

* Daten, soweit sie der Landtagsverwaltung zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Liste bekannt waren.

★

Dr. Ottmar Pohl (CDU) ist vom Bundespräsidenten mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet worden. Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) überreichte den Orden und würdigte die Verdienste des Kölner Politikers um die Landespolitik. Dr. Pohl gehört dem Landtag seit 1970 an. Er war Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion und ist in der 11. Legislaturperiode als Schatzmeister Mitglied des Fraktionsvorstands.

★

Franz Rudolf Brodowski, SPD-Landtagsabgeordneter in der 10. Legislaturperiode, hat noch vor seinem Ausscheiden aus dem Parlament das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen bekommen. Brodowski gehörte seit 1980 dem Landtag an. Der Rektor a.D. und Sprachtherapeut hat in mehreren Ausschüssen mitgearbeitet, vor allem im Ausschuß für Schule und Weiterbildung, dem er als ordentliches Mitglied angehörte. Der Politiker, der seit 1958 Mitglied der SPD ist, war Vorsitzender des SPD-Ortsvereins und seit 1978 des Stadtverbandes Dinslaken. Er gehört ferner dem SPD-Vorstand im Unterbezirk Wesel an.

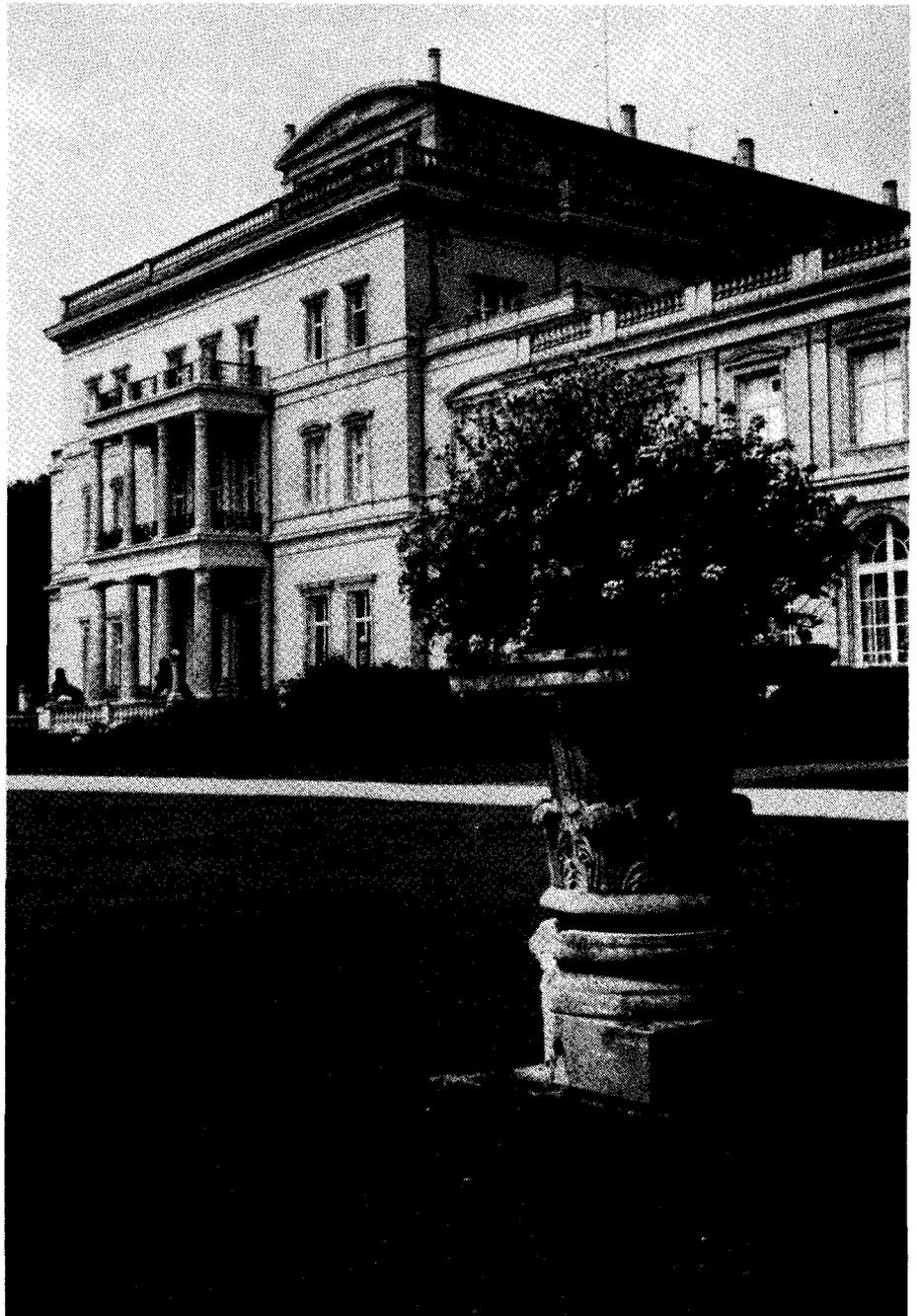
★

Emil Schumacher, Maler aus Hagen, ist der österreichische „Herbert-Boeckl-Preis“ zuerkannt worden. Diese Auszeichnung ist dem 1912 geborenen Künstler als Vertreter jener Künstlergeneration verliehen worden, die — wie die Jury in Salzburg erklärte — „nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen Neuansatz in der deutschen Kunst suchte und als Vertreter des deutschen Informel erreichte“. Emil Schumacher hat in seinem Schaffen auch eine Wand im Restaurant des neuen Landtagsgebäudes gestaltet.

★

Georg Schulhoff, von 1950 bis 1954 CDU-Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Ehrenbürger Düsseldorfs und langjähriger Präsident der Handwerkskammer, ist im Alter von 91 Jahren gestorben. Von 1961 bis 1972 saß Georg Schulhoff für die Union im Bundestag.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die Villa Hügel in Essen (unser Bild) ist erneut Ort einer Ausstellung von europäischer Ausstrahlungskraft: „St. Petersburg um 1800“ zeigt in der Zeit vom 9. Juni bis 4. November 1990 Kunstschatze aus einer untergegangenen Epoche, nämlich die des russischen Zaren. Sie standen vor 190 Jahren im Zenit ihrer Macht und beherrschten damals ein Sechstel der Welt. Die 555 Ausstellungsstücke stammen aus der Petersburger Eremitage, die inzwischen zu einem Leningrader Museum umgewandelt worden ist, und sind zum Teil noch nie der Öffentlichkeit präsentiert worden. Diese Ausstellung wäre ohne die positiven Veränderungen in Klima und Zusammenarbeit zwischen Ost und West sicherlich nicht zustande gekommen; so ist es verständlich, daß der Befürworter und Förderer dieses Austauschs, der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow, zusammen mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Schirmherrschaft über dieses Kulturereignis übernommen hat, mit dem die Kulturstiftung Ruhr nach „Prag um 1800“ erneut an die Öffentlichkeit tritt.